

ISJP

International Social Justice Project • Arbeitsgruppe für die Bundesrepublik Deutschland

Was ist gerecht?

—

**Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice
Project 1991-2007**

Arbeitsbericht Nr. 150

Markus Schrenker
Bernd Wegener

Institut für Sozialwissenschaften
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

November 2007

Inhalt

Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project	4
Gerechtigkeitsforschung	4
Unterscheidungen	5
Das International Social Justice Project	6
Wachsendes Unbehagen	8
„Gleich“ ist nicht gleich „gerecht“	11
Denkstile der Gerechtigkeit	13
Die Schere geht weiter auf	18
Die Beurteilung des eigenen Einkommens	22
Die „Illusion der Verteilungsgerechtigkeit“	24
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?	25
Finger weg vom Erbe!	27
Einmal unten – immer unten?	30
Vom Opa die Schulden?	34
Fatalisten und die Exit-Option	39
Anhang	42
Literatur	44

Was ist gerecht? Ausgewählte Ergebnisse aus dem International Social Justice Project

Dieser Bericht präsentiert ausgewählte Ergebnisse der deutschen Arbeitsgruppe des International Social Justice Project (ISJP). Die Ergebnisse basieren auf Daten, die aus insgesamt vier repräsentativen Bevölkerungsumfragen der Jahre 1991, 1996, 2000 und 2006 stammen. Sie werden ergänzt durch eine repräsentative Telefonumfrage, die im Juni 2007 in Zusammenarbeit mit der Zeitschrift GEO durchgeführt wurde. Folgende Themen werden betrachtet:

- Trends in der Wahrnehmung sozialer Gerechtigkeit
- Gerechtigkeitseinstellungen und übergeordnete Prinzipien
- Die Beurteilung der Einkommensungleichheit
- Die Beurteilung des eigenen Einkommens
- Die „Illusion der Verteilungsgerechtigkeit“
- Vermögensverteilung und Erbschaften
- Bildung und Chancengleichheit
- Generationengerechtigkeit

Zunächst wird der Ansatz der empirischen Gerechtigkeitsforschung kurz skizziert.

Gerechtigkeitsforschung

In der Gerechtigkeitsforschung gibt es eine Arbeitsteilung zwischen den *normativen* Theoretikern und den *Empirikern*. Sich normativ über Gerechtigkeit zu äußern, ist Sache der Philosophie und politischen Theorie (von Aristoteles bis John Rawls). Hier können wir lernen, wie eine gerechte Gesellschaft aufgebaut sein sollte. Die normative Gerechtigkeitsforschung ist also eine rein spekulative Disziplin.

Die empirische Gerechtigkeitsforschung möchte demgegenüber herausfinden, was die Menschen tatsächlich für gerecht halten. D.h. die empirische Gerechtigkeitsforschung ist in erster Linie *Einstellungsforschung*. Es gibt auch andere Bereiche der empirischen Gerechtigkeitsforschung, aber zumindest für Soziologen und Politikwissenschaftler steht die Erfassung über Umfragen im Vordergrund.

Die „Empirische Gerechtigkeitsforschung“ kann die Frage danach, was gerecht ist, nicht beantworten. Das mag für manche unbefriedigend sein, die sich konkrete Handlungsempfeh-

lungen erhoffen. Sie kann aber zeigen, was Menschen für gerecht halten, in welchem Ausmaß sie Ungerechtigkeit empfinden, warum sie das tun und welche Konsequenzen daraus folgen. Ob man auf Grundlage dieser Einsichten auch politische Forderungen ableiten kann, ist eine andere Frage. In modernen Demokratien wird sie im Prozess der politischen Willensbildung geklärt.

Unterscheidungen

Auch wenn sie nicht normativ ist, macht die empirische Gerechtigkeitsforschung am Begriff der Gerechtigkeit einige vorgängige Unterscheidungen.

Die erste ist die zwischen *Gerechtigkeitsideologien* und *Belohnungsgerechtigkeit* (Wegener 1999). Man hat herausgefunden, dass es zwei grundsätzlich verschiedene Arten von Gerechtigkeitsurteilen gibt. Auf der einen Seite können wir uns auf die *Ergebnisse* von Verteilungen beziehen – z.B. die Verteilung von Einkommen – und eine Bewertung vornehmen, ob das Ergebnis (das Einkommen, das jemand bezieht) gerecht ist oder nicht (Jasso und Wegener 1997).

Wir können uns aber auch auf die *Verteilungsregel* besinnen, auf das zugrunde liegende Gerechtigkeitsprinzip. Wir sagen z.B. „Es ist gerecht, dass Leistung belohnt wird“ oder „Alle sollten das Gleiche bekommen“ oder auch „Wer bedürftig ist, sollte versorgt werden“. In all diesen Fällen werden Vorlieben für Verteilungsprinzipien unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit geäußert (Wegener und Liebig 1995).

Die Präferenz für Prinzipien bezeichnen wir als *Gerechtigkeitsideologien*. Wenn dagegen konkrete Ergebnisse unter dem Gerechtigkeitsaspekt bewertet werden, sprechen wir von *Belohnungsgerechtigkeit*.

Es handelt sich in beiden Fällen um kategorial verschiedene Urteilsmodi. Und es ist nicht so, dass beide Urteilsformen notwendig voneinander abhängig sind; sie können sich sogar *logisch widersprechen*. So kann es durchaus sein, dass ein und dieselbe Person zwar zu erkennen gibt, dass sie „Egalitarismus“, also die grundsätzliche Gleichverteilung von Gütern in der Gesellschaft befürwortet (Gerechtigkeitsideologie), sie kann aber dennoch gleichzeitig der Meinung sein, dass bestimmten Personen (z.B. ihr selbst) mehr als anderen zusteht (Be-

lohnungsgerechtigkeit). Kognitive Konsistenz ist in Dingen der Gerechtigkeit keine menschliche Tugend, die sehr verbreitet ist.

Es ist also sinnvoll, zwischen Gerechtigkeitsideologien und Belohnungsgerechtigkeit deutlich zu unterscheiden und das Verhältnis zu untersuchen, in dem beide stehen.

Was für Gerechtigkeitsideologien gibt es? Wir treffen immer wieder auf: Egalitarismus, Individualismus, Konservatismus und Fatalismus. Im ISJP wurden Fragebogeninstrumente entwickelt, um diese vier Ideologien zu erfassen

Das International Social Justice Project

Das ISJP existiert seit 1989. In der damaligen politischen Umbruchphase des Kommunismus sollte der Wandel der Einstellungen zur sozialen Gerechtigkeit in den Transformationsländern untersucht und mit den gefestigten Demokratien in Europa und z.B. Japan und den USA verglichen werden. 1991 kam es in 13 Ländern¹ zu gleich lautenden repräsentativen Bevölkerungsumfragen, in denen nach den Einstellungen zur sozialen, ökonomischen und politischen Gerechtigkeit gefragt wurde.

Es gab seit der Ursprungserhebung 1991 drei Wiederholungsbefragungen – 1996, 2000 und 2006 – mit jeweils unterschiedlicher Länderzusammensetzung (Haus et al. 2001). Es wurde darauf geachtet, dass dieselben Fragen wie im Jahr 1991 erhoben wurden, um Veränderungen und Trends erfassen zu können. An den Erhebungen **2006** beteiligten sich außer Deutschland Israel, Chile, die Tschechischen Republik, Ungarn und Spanien (Legewie et al. 2007).

Bis heute liegen Werte für die Jahre 1991, 1996, 2000 und 2006 vor, so dass man – zumindest für Deutschland – Aussagen über die Entwicklung über einen Zeitraum von 15 Jahren machen kann. Insgesamt wurden inzwischen im Rahmen des ISJP allein in Deutschland mehr als 11.000 Menschen befragt.

¹ Bulgarien, Deutschland Ost und West, Ungarn, Japan, die Niederlande, Polen, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Russland, Slowenien, die Tschechische Republik und Slowakei und Estland.

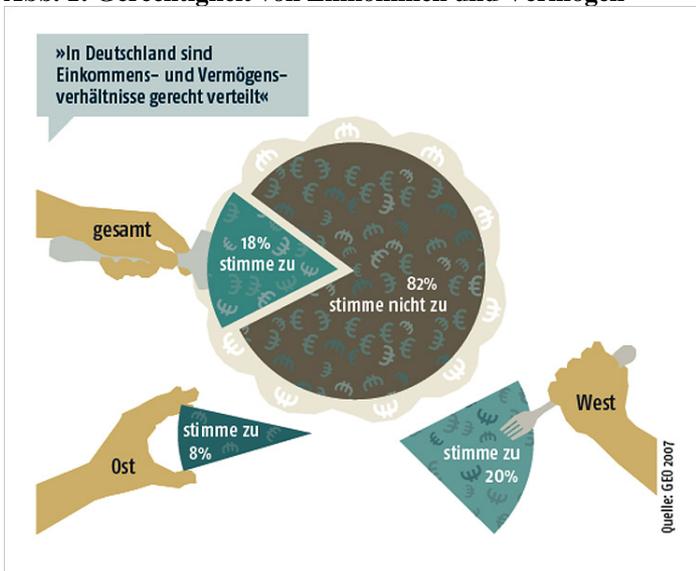
Schließlich konnte mit der Unterstützung von GEO im Juni 2007 eine telefonische Zusatzuntersuchung an mehr als 1.000 zufällig ausgewählten über 18-jährigen Deutschen realisiert werden (Schrenker und Range 2007). Mit der GEO-Umfrage sollten bestimmte Themen vertieft und angesichts des inzwischen stattgefundenen Regierungswechsels erneut abgefragt werden. Wesentliche Inhalte waren unter anderem:

- Einschätzung der Relevanz von Gerechtigkeitsfragen
- die Einkommens- und Vermögensverteilung
- Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung
- Erbschaften
- Generationengerechtigkeit und demografischer Wandel

Wachsendes Unbehagen

Was ist gerecht? Kaum ein Thema bewegt die Menschen in Deutschland mehr als diese Frage. Das ist das Ergebnis der repräsentativen GEO-Erhebung vom Sommer 2007. Gerechtigkeit gehört zu den bestimmenden Themen in den privaten wie öffentlichen Debatten: 85 Prozent aller Befragten gaben an, „oft“ oder „manchmal“ darüber zu diskutieren. Auch wenn es keine allgemeingültige Definition gibt, wie eine faire Gesellschaft aussehen könnte, herrscht doch weitgehend Einigkeit, dass die Verhältnisse in Deutschland ungerecht sind. Nur 18 Prozent der Befragten wollten zum Beispiel der Aussage zustimmen, dass „die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland gerecht“ seien (Abbildung 1).

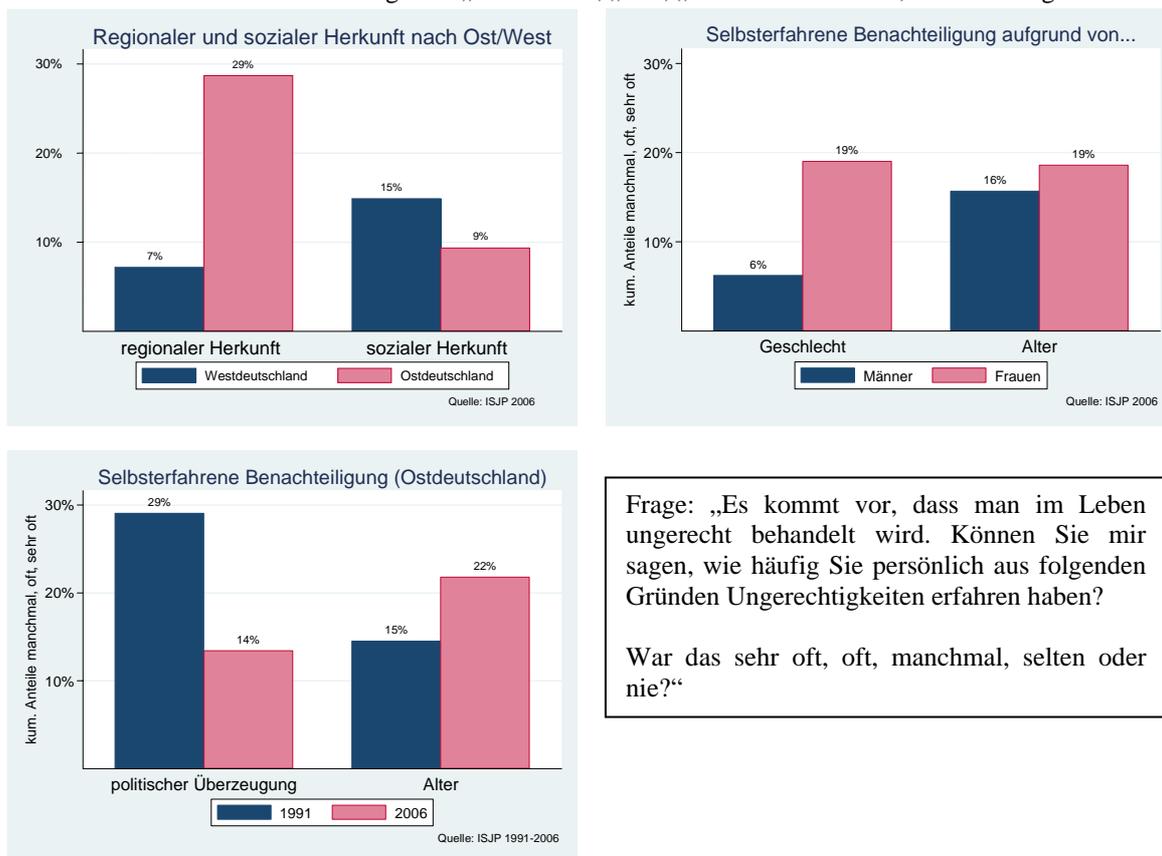
Abb. 1: Gerechtigkeit von Einkommen und Vermögen



© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

Viele Menschen fühlen sich auch persönlich ungerecht behandelt – am häufigsten wegen ihres Alters und ihrer sozialen Herkunft (Abbildung 2). Große Unterschiede gibt es zwischen Ost- und Westdeutschen oder Männern und Frauen. Fast jede fünfte Frau empfindet sich wegen ihres Geschlechts diskriminiert (und nur jeder sechzehnte Mann); und mehr als ein Viertel der Ostdeutschen fühlt sich aufgrund der regionalen Herkunft benachteiligt (7 Prozent im Westen). Die Erfahrung Bürger zweiter Klasse zu sein, ist in diesen Personengruppen weit verbreitet. Auch Diskriminierung aufgrund des eigenen Alters wurde von den Befragten häufig genannt. Positiv hervorzuheben ist dagegen, dass im Osten die aufgrund der eigenen politischen Überzeugung erfahrene Benachteiligung seit 1991 stark zurückgegangen ist.

Abb. 2: Selbsterfahrene Benachteiligung aufgrund von ...
 kumulierte Anteile der Antwortkategorien „manchmal“, „oft“, „sehr oft“ in Prozent; redressmentgewichtet



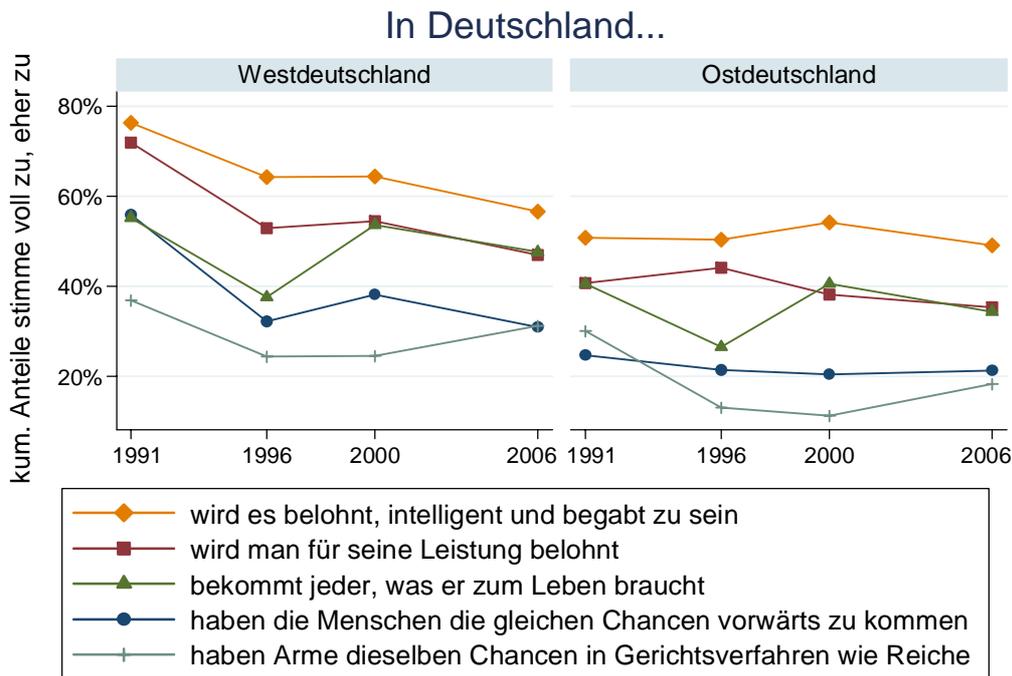
Wesentlich dramatischer als die Beurteilung der eigenen Benachteiligung fällt die Bewertung der Situation in Deutschland insgesamt aus. „Chancengleichheit“ sehen im Westen gerade noch 31 Prozent der Befragten verwirklicht, in Ostdeutschland sind es 21 Prozent (Abbildung 3). Das heißt: Nur noch eine Minderheit glaubt, dass in Deutschland jeder Mensch die gleichen Aussichten auf Bildung, sozialen Aufstieg und Selbstverwirklichung hat – gleichgültig ob Frau oder Mann, jung oder alt, arm oder reich.

Und die Unzufriedenheit nimmt zu. Seit 1991 werden im Rahmen des „International Social Justice Project“ (ISJP) Gerechtigkeitsvorstellungen in unterschiedlichen Ländern untersucht. Das Urteil der Deutschen: Es geht hierzulande mittlerweile deutlich ungerechter zu als noch vor 16 Jahren. Vor allem in Westdeutschland ist der Trend negativ: Waren dort 1991 mehr als 70 Prozent der Meinung, dass Begabung, Intelligenz und Leistung belohnt würden, sind es 2006 über 20 Prozentpunkte weniger. Das heißt: Nur jeder zweite nimmt an, dass sich Können und Einsatz lohnen – in Ostdeutschland glauben dies noch weniger Menschen.²

² Der negative Trend bei der Wahrnehmung der Offenheit der deutschen Gesellschaft kann mit zunehmender Arbeitslosigkeit in Zusammenhang gebracht werden. Die zuletzt positive Entwicklung der Arbeitslosenquote hatte zum Erhebungszeitpunkt im Sommer 2006 aber noch keine Auswirkungen. Zudem blieb das Wohlstandswachstum in Westdeutschland in den letzten 15 Jahren insgesamt hinter den Erwartungen zurück. Nach dem Mental-Accounting-Ansatz (Thaler 1999) wird der mäßige Anstieg im BIP sogar als Verlust interpretiert, wenn

Abb. 3: In Deutschland ...

kumulierte Anteile der Antwortkategorien „stimme voll zu“, „stimme etwas zu“ in Prozent; redressmentgewichtet

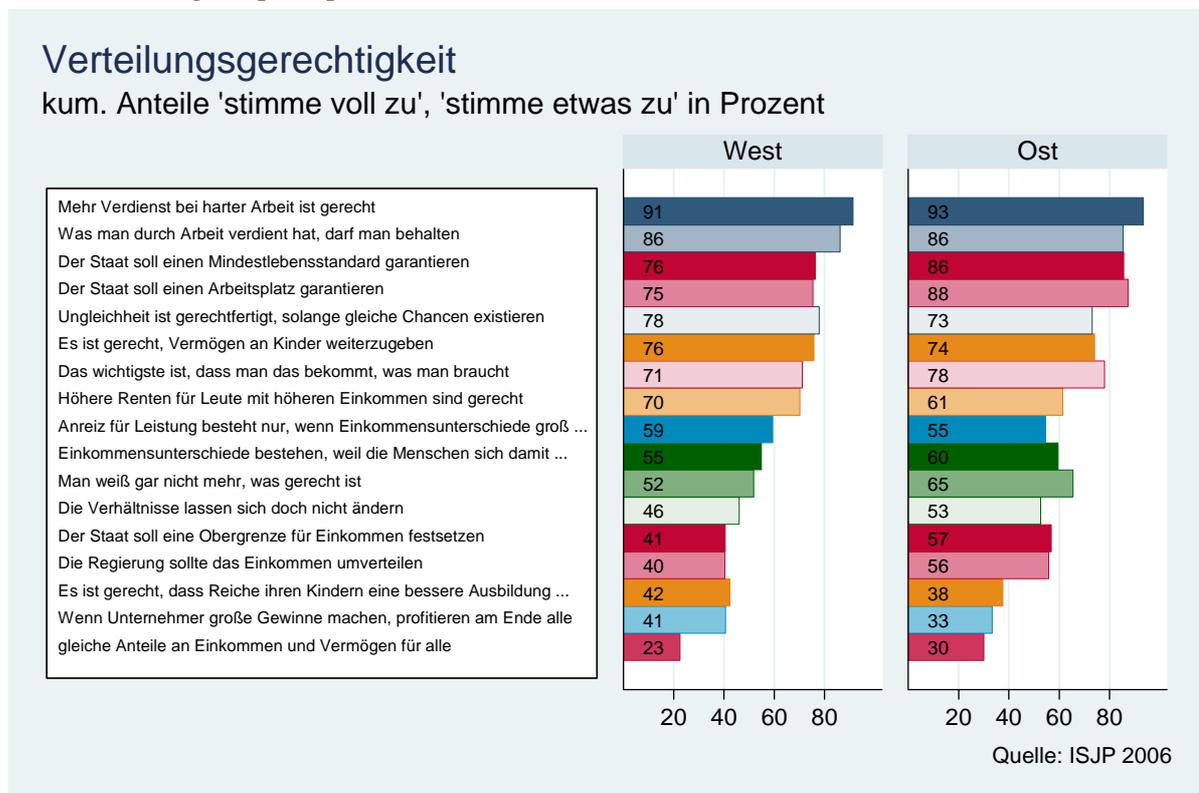


ein höheres Wachstumsniveau als Wahrnehmungsanker fungiert. Für die neuen Bundesländer gilt: Auf hohem Niveau steigende Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsender Kaufkraft führte zu einem Suppressionseffekt – die Systemlegitimität blieb auf niedrigem Niveau konstant. Tiefergehende Analysen legen ferner den Schluss nahe, dass die Entwicklung der Arbeitslosigkeit für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Offenheit wichtiger ist als das Wirtschaftswachstum. Wobei hier von komplexen Wechselwirkungen auszugehen ist. Als politische Implikation ergibt sich jedoch: In Ostdeutschland hätte eine Entscheidung zu Gunsten niedrigerer Arbeitslosigkeit und langsamerer Kaufkraftsteigerungen langfristig gesehen zu einer höheren Systemlegitimität beigetragen (vgl. Gerlitz et al. im Erscheinen).

„Gleich“ ist nicht gleich „gerecht“

Doch was halten die Deutschen eigentlich für „gerecht“? Im politischen Diskurs kursiert eine Fülle unterschiedlicher Konzeptionen von Gerechtigkeit: Neben „sozialer Gerechtigkeit“ werden Begriffe wie „Leistungsgerechtigkeit“, „Chancengerechtigkeit“, „Teilhabeerechtigkeit“ oder „Generationengerechtigkeit“ bemüht. Dass es den in der Politik kursierenden Gerechtigkeitskonzepten oft an Schärfe und inhaltlicher Präzision fehlt, ist allerdings wenig verwunderlich. Denn auch die Bürger selbst befürworten eine Vielzahl zum Teil widersprüchlicher Verteilungsprinzipien (Abbildung 4).

Abb. 4: Gerechtigkeitsprinzipien³



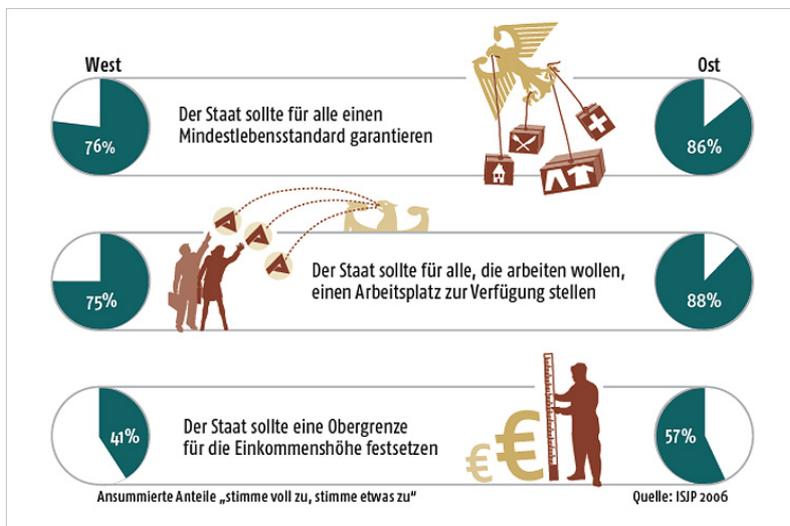
Einerseits stimmen 86 Prozent der Befragten im ISJP 2006 dem Satz zu: „Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.“ Andererseits aber pflichten auch mehr als 70 Prozent der Aussage bei: „Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen.“

³ Frageformulierungen sind zum Teil verkürzt wiedergegeben. Die genauen Formulierungen sind Tabelle A1 im Anhang zu entnehmen.

Offenbar möchte jeder von allem Guten etwas mehr und von allem Schlechten etwas weniger: mehr Eigenverantwortung (zum Beispiel bei der Altersvorsorge), aber keine „Ellbogengesellschaft“; sozialstaatliche Solidarität, aber keine „Hängematte“, die Trittbrettfahrer auffängt, wie die Ergebnisse aus dem ISJP veranschaulichen. Zwischen 76 (West) und 86 Prozent (Ost) der Befragten stimmen der Aussage zu: „Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren.“ Aber auch zwischen 60 (Ost) und 77 Prozent (West) sind der Meinung „Viele Sozialleistungsbezieher nutzen das soziale Sicherungssystem in irgendeiner Weise aus.“ (vgl. Anhang: Tabelle 2) Formeln wie „weniger Staat“ oder „mehr Staat“ sind da zu einfach. Dem Staat wird im Allgemeinen eine wichtige Rolle zugesprochen, zugleich werden seine Leistungen aber auch kritisch betrachtet.

Und obwohl im Westen 40 Prozent und im Osten 56 Prozent der Meinung sind „Die Regierung sollte das Einkommen von den Reicheren auf die Ärmeren umverteilen“, erfährt die Vorstellung, jedem stünden gleiche Anteile an Einkommen und Vermögen zu, von allen hier abgefragten Gerechtigkeitsprinzipien die geringste Zustimmung mit 23 Prozent im Westen und 30 Prozent im Osten. „Gleich“ ist eben nicht gleich „gerecht“.

Abb. 5: Rolle des Staates



Denkstile der Gerechtigkeit

Angesichts der Komplexität und Widersprüchlichkeit der Gerechtigkeitsvorstellungen, die in der Bevölkerung vertreten werden, ist es wichtig, die zu Grunde liegenden Prinzipien aufzudecken und zu systematisieren, zu rekonstruieren, wie Individuen zu ihnen kommen und welche Konsequenzen sich daraus ergeben. Auf diese Weise kann man zeigen, dass das Reden über Gerechtigkeit nicht beliebig ist, dass es bestimmten Gesetzmäßigkeiten folgt und dass es unter Umständen gemeinsam geteilte Gerechtigkeitsstandards gibt; aber auch in welchen Bereichen Konflikte vorliegen und worauf diese zurückzuführen sind.

In der empirischen Gerechtigkeitsforschung hat sich deshalb eine Typologie bewährt, die von vier grundsätzlich verschiedenen Denkstilen der Gerechtigkeit ausgeht. Vier Dimensionen beschreiben demnach den Raum, der unser Denken über Gerechtigkeit bestimmt. Diese vier Dimensionen oder Ideologien werden als Individualismus, Askriptivismus, Egalitarismus und Fatalismus bezeichnet (Wegener und Liebig 1993: 4).⁴

Für *Individualisten* steht fest, dass nur durch eigene Leistung erworbene Vorteile und Verdienste gerecht sind. Sie bevorzugen ein System, das auf Konkurrenz und Chancengleichheit beruht.

Askriptivisten – Konservative – halten Unterschiede im Status und die damit verbundenen Privilegien für naturgegeben. Für sie gibt es daher auch keinen Grund, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Der Erhalt überlieferter Statusunterschiede ist für sie das zentrale Gerechtigkeitsmotiv.

Egalitaristen haben eine ausgeprägte Präferenz für Umverteilung und Ergebnisgleichheit. Der Staat wird dabei als der Akteur wahrgenommen, der diese Ziele verwirklichen soll. Aus diesem Grund wird manchmal auch von Etatisten gesprochen.

Für *Fatalisten* schließlich gibt es keine Gerechtigkeit. Sie fühlen sich schicksalhaft den bestehenden Verhältnissen ausgeliefert.⁵

Die vier Ideologien schließen sich nicht wechselseitig aus. Ein Individuum kann stark individualistische und zugleich stark egalitaristische Ansichten vertreten, auch wenn man das von einem normativen Standpunkt aus als unlogisch oder widersinnig empfinden mag. Viele Menschen sind in ihrem Denken über Gerechtigkeit aber nicht derart konsistent. Vielmehr ist

⁴ Das Konzept basiert auf der *Grid-Group-Theory* der Kulturanthropologin Mary Douglas (1982, 1996).

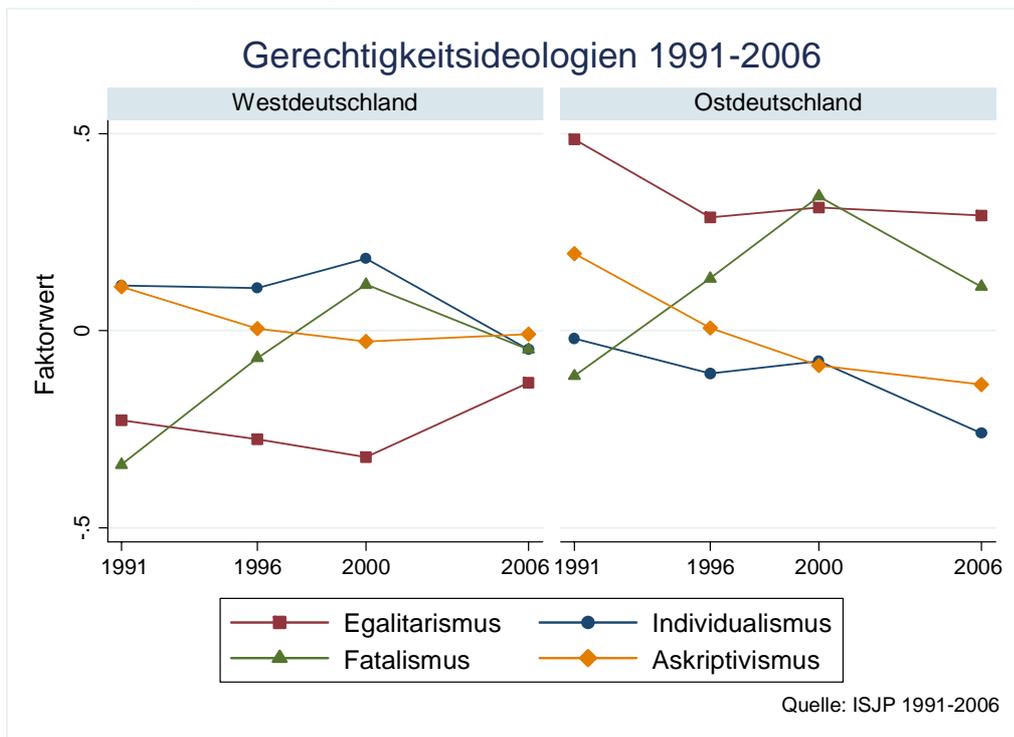
⁵ Die vier Ideologien verweisen auf verschiedene politische Denktraditionen wie Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus oder politischen Nihilismus.

der Versuch anstrengend, die Widersprüchlichkeiten aufzulösen, denen wir im alltäglichen Leben ständig begegnen.

So bekommen eigentlich fast alle Menschen in westlichen Gesellschaften über ihre Erziehung vermittelt, wer viel leiste, soll auch mehr verdienen – also eine individualistische Leistungsideologie. Dies hindert jedoch viele Personen nicht daran, unter gewissen Umständen, nämlich dann, wenn sie davon profitieren, strikt egalitäre Prinzipien hochzuhalten und für Gleichverteilung einzutreten.

Im Kopf des Individuums werden die einzelnen Ideologien voneinander abgetrennt und nur punktuell aktiviert. In der empirischen Gerechtigkeitsforschung spricht man in diesem Zusammenhang auch von „Split-Consciousness“ – einem gespaltenen Bewusstsein (Kluegel 1989).

Abb. 6: Gerechtigkeitsideologien 1991-2006



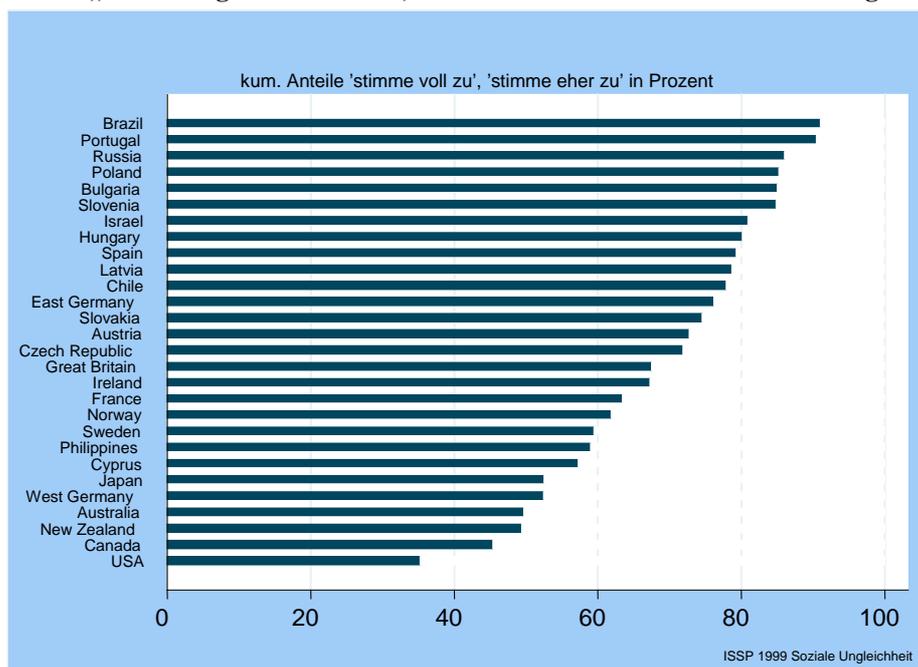
Auch 17 Jahre nach der Wende existieren noch tiefe ideologische Gräben zwischen Ost und West (Abbildung 6). Deutliche Unterschiede zwischen beiden Regionen gibt es hinsichtlich fatalistischer und egalitaristischer Einstellungen. Beide Ideologien sind in den neuen Bundesländern weiter verbreitet, was zum Teil auf die schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen und die höhere Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden kann. Da im Osten in der ersten Hälfte der 90er Jahre die reale Kaufkraft stark gestiegen ist, sind egalitaristische Einstellungen dort aber zunächst auch etwas zurückgegangen. Umgekehrt holt das Gleichheitsdenken seit

der Jahrtausendwende im Westen auf. Darüber hinaus ist die politische Kultur in den neuen Bundesländern jedoch weiterhin stark durch die DDR geprägt: Die Erwartungen an den Sozialstaat sind wesentlich höher, auch unabhängig von den konkreten sozioökonomischen Verhältnissen, in denen einzelne Personen leben.

Dessen ungeachtet sind die Menschen aber in ganz Deutschland im Verlauf der 90er Jahre – unter dem Eindruck steigender Arbeitslosigkeit – kontinuierlich fatalistischer geworden. Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Erholung hat sich der Trend allerdings zuletzt umgekehrt. Auch der Individualismus hat überall etwas an Bedeutung verloren, was vermutlich eine Reaktion auf enttäuschte Erwartungen in einer langen Phase wirtschaftlicher Stagnation darstellt: Für viele hat der Markt seine Heilsversprechen nicht eingelöst – der Individualismus als Verteilungsideologie an Glaubwürdigkeit verloren.

Vor der Schablone der Gerechtigkeitsideologien ist es möglich, die Einstellungen in der Bevölkerung zu ganz unterschiedlichen Sachverhalten zu analysieren oder auch die politische Kultur verschiedener Länder zu vergleichen. In Abbildung 7 ist als Beispiel einer egalitaristischen Einstellung die Zustimmung zu staatlicher Umverteilung in verschiedenen Ländern dargestellt. Es werden deutliche Länderunterschiede erkennbar. Was die Präferenz für Umverteilungspolitik betrifft, so ist Westdeutschland im unteren Drittel der ausgewählten Länder anzusiedeln, Ostdeutschland ähnelt dagegen ideologisch stärker Gesellschaften mit einer überdurchschnittlichen Präferenz für staatliche Umverteilung.

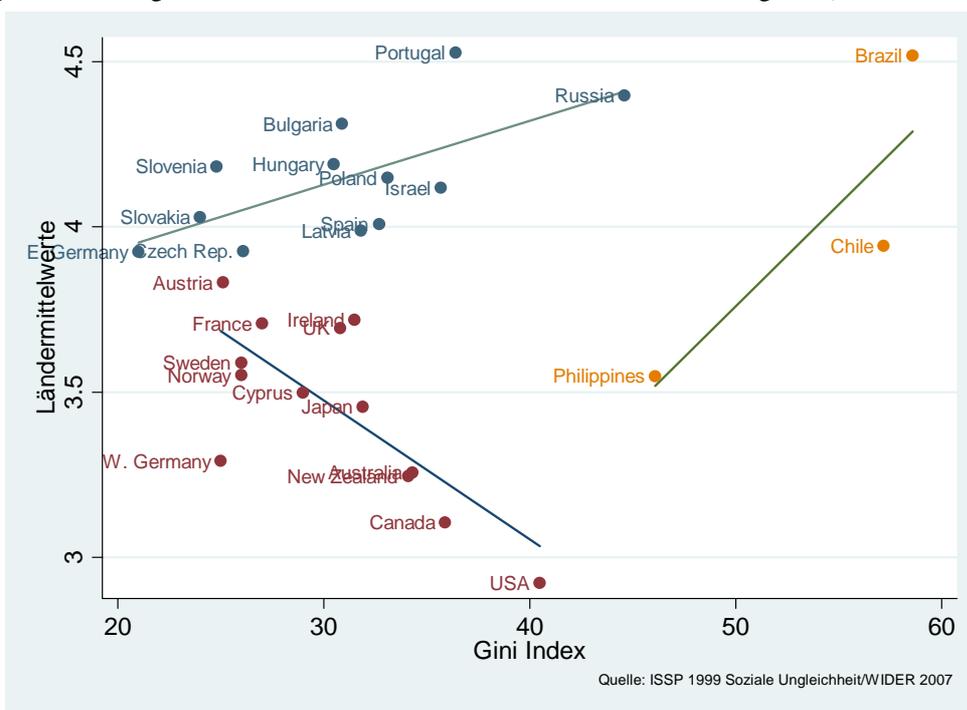
Abb. 7: „Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zu verringern“



Für die Unterschiede im internationalen Vergleich sind sowohl sozioökonomische als auch kulturelle und politische Faktoren ausschlaggebend.⁶ Wie Abbildung 8 andeutet, gibt es in katholisch geprägten Schwellenländern und den osteuropäischen Transformationsgesellschaften bzw. den „verspäteten“ Demokratien Spanien und Portugal eine generell höhere Zustimmung zu etatistischen Einstellungen. Der Zusammenhang zwischen faktischer Ungleichheit, gemessen über den Gini-Index⁷ (UNU/WIDER 2007), und dem Wunsch nach mehr Umverteilung ist dabei positiv: je größer die Ungleichheit in einem Land, um so größer ist dort die Präferenz für staatliche Umverteilung: die Struktur bedingt die Kultur. Zu beachten ist jedoch, dass die sozioökonomischen Unterschiede in den ehemaligen kommunistischen Staaten generell wesentlich geringer ausfallen als in den katholischen Schwellenländern Brasilien, Chile und auf den Philippinen.

Abb. 8: Präferenz für staatliche Umverteilung vs. soziale Ungleichheit (Gini-Index)

Frage: „Es ist Aufgabe des Staates, die Einkommensunterschiede zu verringern“ (Ländermittelwerte)



In den entwickelten Ländern ist der Zusammenhang zwischen Egalitarismus und Ungleichheit dagegen negativ: je geringer die Präferenz für staatliche Umverteilung, umso größer ist auch die Ungleichheit. Hier geben v. a. kulturelle Unterschiede den Ausschlag. In Schweden, einem Land mit geringer Ungleichheit, wird die Rolle des Staates positiver bewertet als in den USA, einem Land mit großer Ungleichheit. Man kann den negativen Zusam-

⁶ Vergleiche auch Lippl (2005).

⁷ Die Datenpunkte repräsentieren, sofern vorhanden, Messungen aus dem Jahr 1999 (UNU/WIDER 2007).

menhang in den etablierten Demokratien so interpretieren, dass dort die politische Kultur und der Output des politischen Systems eine hohe Kongruenz aufweisen und sich in einer Art Gleichgewichtszustand befinden. Seit langem etablierte demokratische Institutionen haben dazu beigetragen, die gesellschaftlichen Strukturen dem politischen Willen der Bevölkerung anzupassen. Zugleich prägen die bestehenden Institutionen auch die Gerechtigkeitsvorstellungen der Menschen. Etwas zugespitzt könnte man formulieren: In demokratischen, also responsiven, politischen Systemen entsprechen die ökonomischen Rahmenbedingungen der jeweiligen politischen Kultur. In den eher jungen Demokratien mit autoritaristischer und daher nicht responsiver Vergangenheit bestimmen die faktischen ökonomischen Verhältnisse das Denken über Umverteilung.

Die Schere geht weiter auf

Große Teile der Bevölkerung sind überzeugt, dass die „Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht.“ Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bestätigt dies: Während die Durchschnittseinkommen aller Deutschen in den 90er Jahren weitgehend konstant blieben, konnten die oberen zehn Prozent der Einkommensbezieher einen Zuwachs von sechs Prozent verbuchen. Die Spitzenverdiener, die oberen 0,01 Prozent, machten 17 Prozent gut (Bach und Steiner 2007: 194).

Noch besser schnitten die wirklich Reichen ab: Die Markteinkommen⁸ der 650 wohlhabendsten Deutschen legten von 1992 bis 2001 um 35 Prozent zu, auf durchschnittlich 15 Millionen Euro pro Jahr. Bei den 65 Reichsten – Jahreseinkommen 48 Millionen Euro – betrug der Zuwachs 53 Prozent.

Das bedeutet: Nahezu das gesamte Wirtschaftswachstum ist zwischen 1992 und 2001 von der Oberschicht abgeschöpft worden, nach dem Prinzip: Je reicher, umso höher auch der prozentuale Zugewinn.⁹

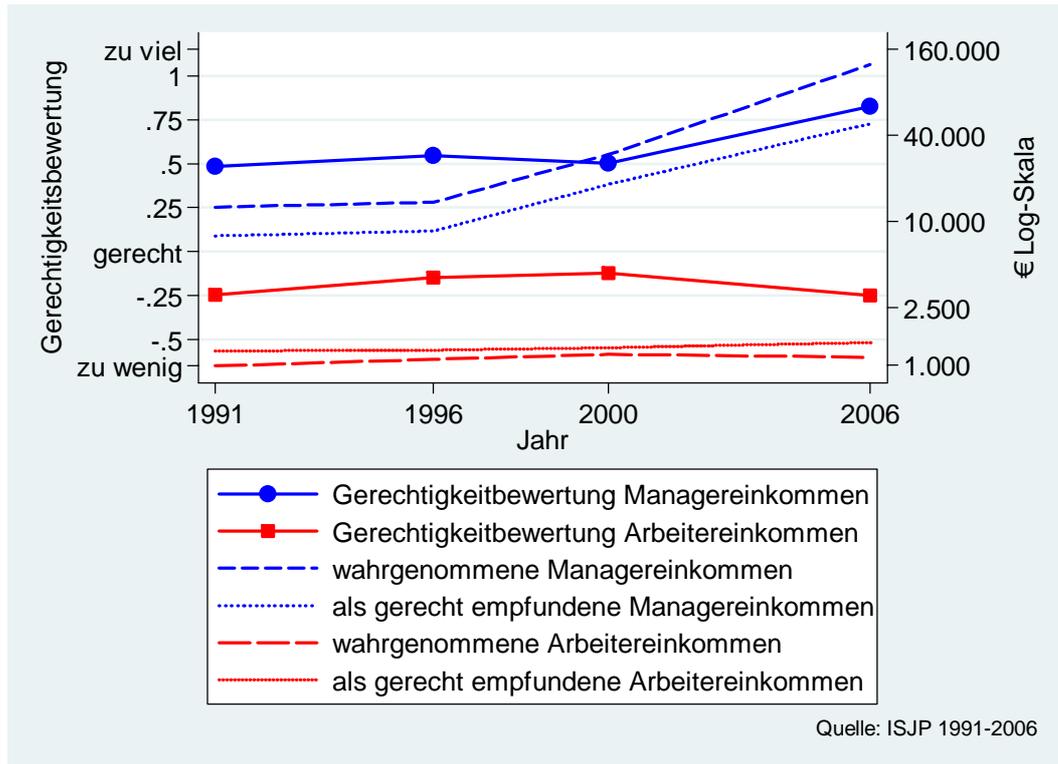
Der Anteil der unteren Hälfte der Gesellschaft am Markteinkommen hat sich in derselben Zeit von 5,4 auf drei Prozent verringert. Würden diese 32,5 Millionen Einwohner all ihre Einkünfte zusammenlegen, erreichten sie bei weitem nicht das, was die reichsten 65.000 Deutschen zusammengenommen verdienen. Dieser Trend hat sich seit 2001 weiter fortgesetzt, bedingt durch die hohe Arbeitslosigkeit, aber auch durch die Senkung des Spitzensteuersatzes.¹⁰

Das ist ungerecht, finden die Deutschen. Besonderen Unmut erregen die Bezüge der Manager großer Konzerne. Zwar hält der Durchschnittsbürger hohe Gehälter für Manager nicht grundsätzlich für unangemessen und hält mittlerweile höhere Gehälter für diese Personengruppe für legitim als noch zu Beginn der 90er Jahre. Doch die Spitzeneinkommen, dürfen sich nicht von der allgemeinen Lohnentwicklung abkoppeln. Dies genau aber tun sie.

⁸ Markteinkommen beinhalten Lohneinkommen (einschließlich Arbeitgeberanteile an den Sozialversicherungsbeiträgen), Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit, Vermögenseinkommen ohne Veräußerungsgewinne, ohne öffentliche Renten, Pensionen und Sozialtransfers.

⁹ Die obersten 20 Prozent verfügten im Jahr 1993 über ein inflationsbereinigtes (Preise von 2000) und bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen von 29745 Euro, 2003 lag es bei 32812 Euro. Das entspricht einer Zunahme um 10,3 Prozent. Für die unteren 20 Prozent ergibt sich 1993 ein Einkommen von 7625 Euro, im Jahr 2003 lag es bei 7584 Euro. Das entspricht einer Abnahme um 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2000 (7991 Euro) ergibt sich sogar eine Abnahme um 5,1% (Frick et al. 2005: 61).

¹⁰ Hinzu kommt, seit 1992 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker als die Arbeitseinkommen gestiegen. Letztere haben stagniert oder nahmen in einzelnen Jahren real sogar ab (Statistisches_Bundesamt 2007a: 16).

Abb. 9: Gerechtigkeitsbewertung der monatlichen Manager- und Arbeitereinkommen¹¹

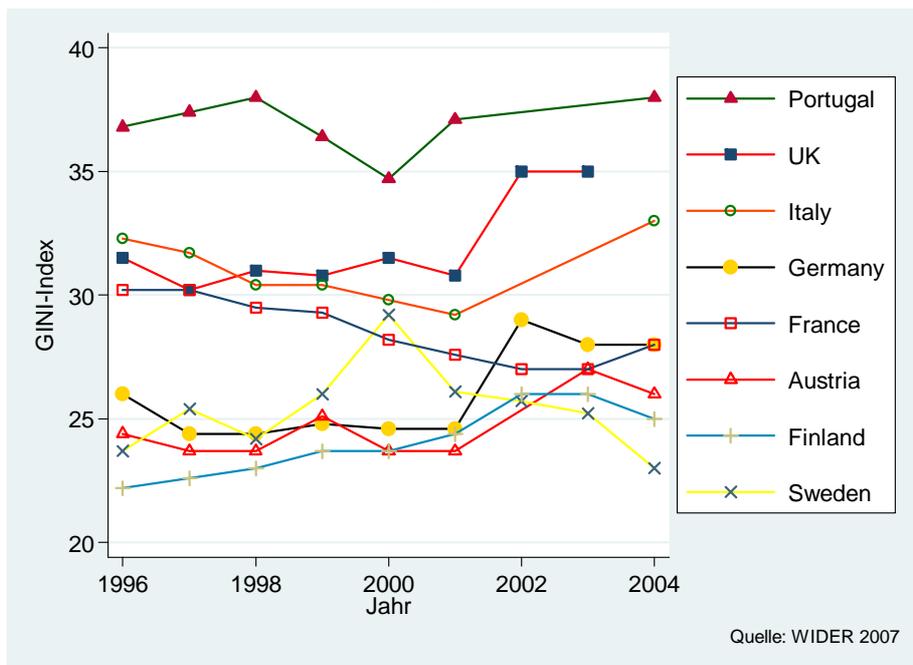
Laut einer Studie des Manager-Magazins verdienten die Vorstandsvorsitzenden der DAX-Konzerne 2006 durchschnittlich 4,3 Millionen Euro brutto, über 14 Prozent mehr als im Jahr zuvor (Schmidt und Schwalbach 2007).¹² Nur um 1,5 Prozent wuchs dagegen das Jahresbruttogehalt eines Arbeiters im produzierenden Gewerbe, auf etwa 31 000 Euro brutto (Statistisches_Bundesamt 2007b: 523). Spitzenmanager verdienen also im Durchschnitt 129 Mal soviel wie Arbeiter.¹³ Im Mittel gehen die von uns Befragten von einem Verhältnis von 111 zu 1 aus – liegen mit ihrer Einschätzung also sehr nahe an den tatsächlichen Einkommensunterschieden. Als „gerecht“ würde dagegen laut ISJP-Umfrage (2006) empfunden, wenn ein Manager das 34-fache eines ungelernten Arbeiters verdiente (Abbildung 9).

¹¹ Gefragt wurde: „Jetzt möchten wir gerne erfahren, wie viel man in bestimmten Berufen Ihrer Meinung nach durchschnittlich verdient. Denken Sie einmal an den Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens und an einen ungelerten Arbeiter, z. B. einen Hilfsarbeiter am Fließband. Was glauben Sie, verdient ein Vorstandsvorsitzender eines großen Unternehmens durchschnittlich netto im Monat? Und was wäre ein gerechtes monatliches Netto-Einkommen für einen Vorstandsvorsitzenden eines großen Unternehmens?“

¹² Laut einer Studie des Manager-Magazins verdiente der Chef eines Dax Unternehmens 2006 im Durchschnitt 4,287 Mio € (MDax 2,145 Mio €). Das entspricht einer Steigerung gegenüber 2005 um 14,3 Prozent (Palan und Papendick 2007). Die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz kommt in ihrer alljährlichen Studie zur Vorstandsvergütung der Dax-30-Konzerne zu abweichenden Zahlen. Demnach betrug die Barvergütung (ohne Aktienoptionen) der Vorstandsvorsitzenden dieser 30 Unternehmen im Jahr 2006 rund 3,4 Mio. Euro und damit 7,3 Prozent mehr als im Vorjahr (DSW 2007).

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland bei der Ungleichheit der Haushaltsnettoeinkommen im EU-Mittelfeld. In Österreich und in den skandinavischen Ländern ist die Verteilung ausgeglichener, deutlich ungleicher sind Portugal und Italien. Das zeigt der sogenannte Gini-Index (Abbildung 10), eine Maßzahl für die Konzentration der Einkommen. Für die von der Bevölkerungsmehrheit gefühlte Ungleichheit ist die internationale Perspektive jedoch zweitrangig, denn sie bezieht sich bei Gerechtigkeitsurteilen auf das alltägliche Lebensumfeld. Bedeutsam sind in erster Linie intertemporale Vergleiche mit spezifischen Referenzgruppen im eigenen Land, wie zum Beispiel medial exponierten Managern. Für den Einzelnen ist auch die aktuelle relative Einkommensposition im Vergleich zu ihrer früheren relativen Einkommensposition wesentlich wichtiger als der internationale Vergleich.¹⁴ Die jüngste Entwicklung zu größerer Ungleichheit bei den Einkommen (Noll und Weick 2005) wird dabei sehr deutlich wahrgenommen.¹⁵

Abb. 10: Gini-Index auf Basis bedarfsgewichteter Haushaltsnettoeinkommen



Quelle: UNU/WIDER World Income Inequality Database, Version 2.0b, May 2007

¹³ Im Vergleich zu den USA erscheinen diese Relationen fast moderat. Im Durchschnitt verdiente der CEO eines S&P 500 Unternehmens im Jahr 2006 14,78 Mio. \$ (also etwas über 10 Mio. €). Sein Verdienst betrug damit 411 Mal so viel wie der eines durchschnittlichen Arbeitnehmers in den USA (AFL-CIO 2006).

¹⁴ Der in den Medien häufig gebräuchliche Vergleich zum Vorbild USA, mit der Intention Ungleichheit zu legitimieren, wirkt in diesem Zusammenhang dagegen häufig sogar kontraproduktiv. Für amerikanische Verhältnisse fehlt in Deutschland die kulturelle Grundlage (Wegner und Liebig 1995). Die USA stehen symbolisch für viele Korrelate sozialer Ungleichheit, die in Deutschland als nicht wünschenswert erachtet werden.

¹⁵ Sowohl Nettovermögen (Gini 2003: 0,675) als auch Bruttoeinkommen (Gini 2003: 0,472) sind in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als die Nettoeinkommen. Staatliche Transfers reduzieren die Einkommensungleichheit drastisch um etwa 46 Prozent (BMAS 2005a: 19).

Auch die „Armutrisikoquote“¹⁶ liegt in Deutschland etwas niedriger als der EU-Durchschnitt von 15 Prozent; doch sie hat kontinuierlich zugenommen: von 8,7 Prozent im Jahr 1973 auf 13,1 Prozent im Jahr 1998, wenn man nur das frühere Bundesgebiet betrachtet. Für Gesamtdeutschland ist der gleiche Trend feststellbar. Betrug die Risikoquote 1993 noch 11,7 Prozent, lag sie im Jahr 2003¹⁷ bereits bei 13,5 Prozent (BMAS 2005b: 101f). Stark von Armut betroffen sind Familien mit minderjährigen Kindern, insbesondere Einelternhaushalte. Eher gering ausgeprägt ist dagegen die Altersarmut in Deutschland. Weitere Risikogruppen sind Arbeitslose und gering Qualifizierte. Ausländer und Ostdeutsche sind stärker von Armut betroffen als deutsche Staatsangehörige und Westdeutsche. (Statistisches_Bundesamt 2006a: 610-624).

Vor diesem Hintergrund ist es nicht erstaunlich, dass die Deutschen unzufrieden sind mit der Verteilung der Einkommen in ihrem Land: Auf die Einkommensunterschiede zwischen allen Berufen angesprochen, hielten letztes Jahr 84 Prozent die Unterschiede für zu groß. Im Jahr 2000 dachten lediglich 60 Prozent der Befragten so.

¹⁶ Entsprechend der 60%-Median-Definition lag die Armutsgrenze 1998 bei 825 Euro, 1973 bei 632 DM also umgerechnet 323 Euro (BMAS 2005b: 101f).

¹⁷ Im Jahr 2003 galt nach der 60%-Median-Definition als „arm“, wer über weniger als 938 Euro verfügte.

Die Beurteilung des eigenen Einkommens

Dass eine große Mehrheit die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland für ungerecht hält, heißt aber nicht, dass die Menschen auch ihr eigenes Einkommen notwendigerweise für besonders ungerecht halten. Im ISJP wurde ausführlich nach den Einschätzungen von Einkommen gefragt (Belohnungsgerechtigkeit). Das Ergebnis: in der Regel sind die Menschen mit ihrem Einkommen ganz zufrieden. Zwar möchte man durchaus mehr haben – im Mittel etwa 380 Euro (445 Euro im Osten, 365 Euro im Westen) – aber diese Unterbezahlung wird nicht als extrem gravierend eingeschätzt (Tabelle 1). 42 Prozent fühlen sich gerecht entlohnt, 5 Prozent sogar etwas überbezahlt. Etwa 31 Prozent äußern sich moderat kritisch, lediglich die restlichen 22 Prozent bewerten ihr Einkommen deutlich negativ. Allerdings treten auch große Unterschiede zwischen Ost und West zu Tage. Während im Westen eine knappe Mehrheit meint, mindestens gerecht bezahlt zu werden, sind dies im Osten nur etwa 32 Prozent.

Tabelle 1: Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Einkommens (Vollzeit Erwerbstätige)

	Gesamt	West	Ost
sehr viel weniger	2.9	2.4	5.1
-4	3.6	3.5	4.1
-3	15.6	13.2	24.6
-2	19.5	18.2	24.1
-1	11.3	11.6	10.3
gerecht	42.2	45.7	28.9
1	2.2	2.5	0.9
2	2.0	2.2	1.0
3	0.7	0.6	1.1
4	0.1	0.1	0.0
sehr viel mehr	0.0	0.0	0.0
	100.0	100.0	100.0

Angaben in Prozent

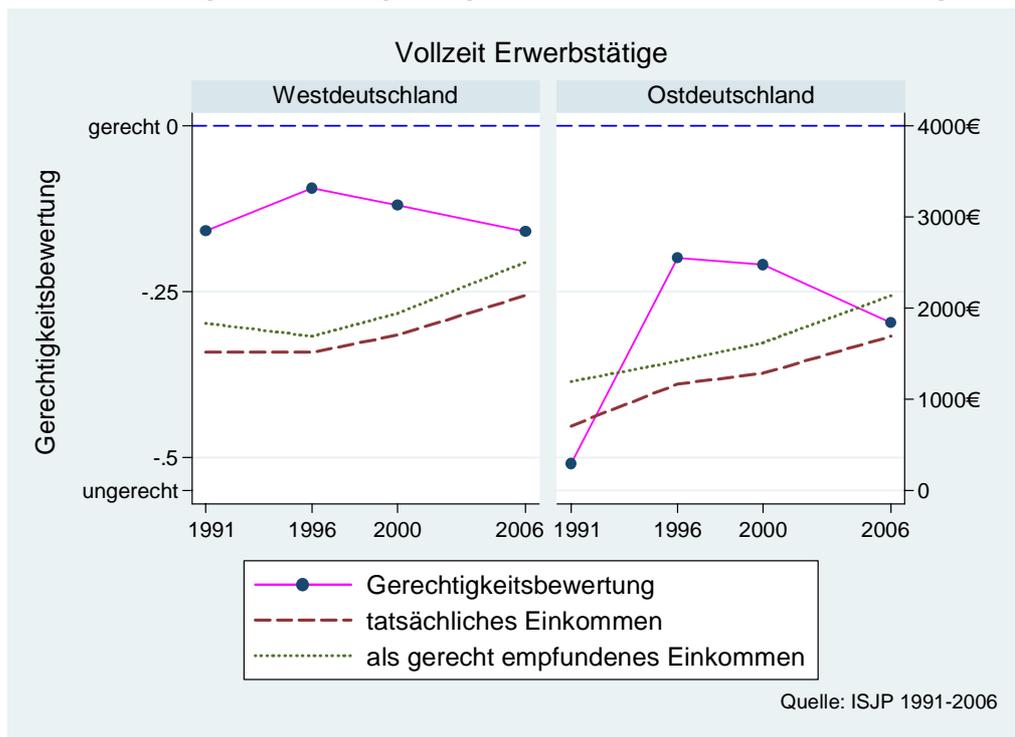
Betrachtet man die zeitliche Entwicklung der Gerechtigkeitsbewertung¹⁸ des eigenen Einkommens seit 1991, so ist für Westdeutschland in der ersten Hälfte der 90er eine Anpassung der Erwartungen an die schwache Einkommensentwicklung zu konstatieren (Abbildung 11). Danach nimmt das Gefühl unzureichender Entlohnung jedoch kontinuierlich zu.

¹⁸ Die New Yorker Soziologin Guillermina Jasso (1978) hat eine psychophysische Funktionsbeziehung zur Messung von Ungerechtigkeit entwickelt, die nicht nur in der Lage ist zwischen Über- und Unterbezahlung zu differenzieren, sondern auch dem psychologischen Umstand Rechnung trägt, dass im Hinblick auf unser Ungerechtigkeitsempfinden Unterbezahlungen als wesentlich intensiver erlebt werden als Überbezahlungen. Die sog. Gerechtigkeitsbewertungsfunktion J ist definiert als Logarithmus des Quotienten aus tatsächlicher Bezahlung (A) und gerechter Bezahlung (C): $J = \log(A/C)$.

Die Lohnentwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück.

In Ostdeutschland hat sich die Bewertung des eigenen Einkommens bis Mitte der 90er Jahre stark zum Positiven entwickelt. Dies ging allerdings von einem äußerst negativen Sentiment zu Beginn der 90er Jahre aus. Die deutlichen Kaufkraftzugewinne nach der Wende geben hierfür den Ausschlag. Nach 1996 kann man den gleichen Trend einer abnehmenden Einkommenszufriedenheit wie in Westdeutschland feststellen.

Abb. 11: Gerechtigkeitsbewertung des eigenen Einkommens (Vollzeit Erwerbstätige)



Die „Illusion der Verteilungsgerechtigkeit“

Die relativ positive Bewertung der eigenen Einkommen, bei gleichzeitig starker Unzufriedenheit mit den Einkommens- und Vermögensverhältnissen insgesamt, stellt ein Paradox dar, das sich aber wahrnehmungspsychologisch gut plausibel machen lässt.

Ungerechtigkeit empfinden wir immer dann, wenn wir im wirklichen Leben eine Abweichung von einem wie auch immer gearteten normativen Ideal feststellen. Dabei kann es sich beispielsweise um die Diskrepanz zwischen dem Einkommen handeln, welches ich bekomme, und welches eine andere Person bekommt, die eine vergleichbare Tätigkeit mit gleicher Qualifikation ausübt. Die Erwartung fair behandelt zu werden, stimmt dann nicht mit der Wahrnehmung der tatsächlichen Gegebenheiten überein. Dieses Missverhältnis erzeugt eine „kognitive Dissonanz“ (Festinger 1957), die als unangenehm empfunden wird. Nicht zuletzt, weil sich das Eingeständnis, unfair behandelt zu werden, negativ auf das eigene Selbstwertgefühl auswirkt (Della Fave 1980).

Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten, den Zustand kognitiver Dissonanz aufzulösen: durch eine Veränderung der tatsächlichen Gegebenheiten, z. B. indem man sich einen neuen Arbeitgeber sucht, was oft mit hohen Transaktionskosten verbunden ist oder, indem man die eigenen Erwartungen anpasst bzw. sich die Realität schönredet (eine Form psychologischer Rationalisierung) – mit anderen Worten: die Realität verzerrt wahrnimmt. Letzteres ist insbesondere dann zu erwarten, wenn das Individuum mit geringer Handlungsautonomie ausgestattet ist.

Ein empirisch belegtes Beispiel für eine solche Wahrnehmungsverzerrung ist die sog. „Illusion der Verteilungsgerechtigkeit“ (Wegener 1987). Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass sich die Wahrnehmung der tatsächlichen Einkommen standortabhängig unterscheidet. So neigen statusniedrige Personen dazu, die Unterschiede in den sozialen Hierarchien in ihrer Wahrnehmung zu nivellieren, weil sie sich hierdurch subjektiv besser stellen. Sie verkürzen den Abstand zwischen „oben“ und „unten“ und können sich auf diese Weise eher „in der Mitte“ fühlen. Umgekehrt strecken statushohe Personen das Ungleichheitskontinuum einer Gesellschaft, um sich subjektiv noch zu erhöhen. Eine Folge davon ist, dass insbesondere die schlechter Gestellten das tatsächliche Ausmaß sozialer Ungleichheit systematisch unterschätzen und damit zu Einstellungen neigen, die den Status Quo fortschreiben.¹⁹

¹⁹ Aufgrund der Rechtsschiefe der Einkommensverteilung folgt weiter, dass es mehr „Nivellierer“ als „Strecker“ gibt, so dass die soziale Ungleichheit auch insgesamt unterschätzt wird.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Auch wenn man die Einkommen von Frauen und Männern vergleicht, stößt man auf ein ähnliches Phänomen. Laut Angaben des statistischen Bundesamts verdienen vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmerinnen im Jahr 2005 mit durchschnittlich 2539 Euro etwa 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen (Statistisches_Bundesamt 2006b). Wenngleich nicht ausschließlich, so ist dieser Lohnabstand doch zum Teil auf direkte Diskriminierung zurückzuführen.

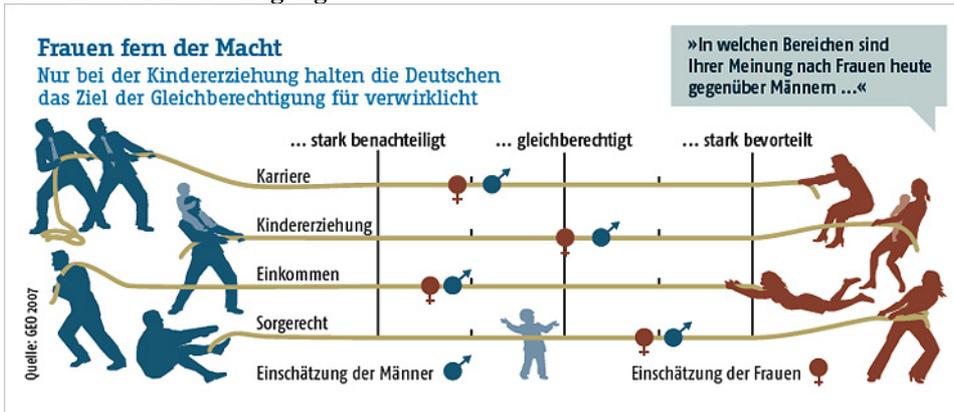
Möchte man das Ausmaß der tatsächlichen Lohndiskriminierung quantifizieren – den sog. Gender-Wage-Gap – müssen Frauen und Männer betrachtet werden, die in all ihren arbeitsmarktrelevanten Merkmalen gleich sind. In diesem Sinne haben Thomas Hinz und Hermann Gartner (2005) auf Grundlage von Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen um 12 Prozent geringeren Lohn für Frauen festgestellt. Diese Differenz, so die Autoren, sei frappierend hoch im Vergleich zu Ländern wie Schweden oder den USA, in denen lediglich marginale Unterschiede bestünden. Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit wird verletzt.

Im Vergleich zu Männern fühlen sich Frauen, wenn sie ihr eigenes Gehalt bewerten sollen, aber nicht wesentlich ungerechter bezahlt, sondern nur etwas. Stellt man Frauen und Männer mit gleichem Einkommen, gleichem Alter und gleicher Qualifikation gegenüber, dann sind es sogar die Männer, die sich ungerechter bezahlt fühlen.

Hierin bestätigt sich die gelegentlich geäußerte Vermutung, Arbeitnehmerinnen würden sich in Gehaltsverhandlungen häufig unter Wert „verkaufen“ und seien schneller bereit als Männer auch schlechte Angebote anzunehmen. Über die Gründe dafür kann man spekulieren. Es mag sein, dass für Frauen bestimmte nicht-monetäre Aspekte ihrer Arbeit wichtiger sind: z. B. flexible Arbeitszeiten oder die „sinnstiftende“ Funktion ihrer Tätigkeit, mit anderen Worten: „Selbstverwirklichung“. Offenbar ist die Erwartungshaltung bei Frauen aber von vornherein anders. Bei ihren Gehaltsvorstellungen orientieren sie sich eher an anderen Frauen als an Männern und passen sich den tatsächlichen Gegebenheiten an.

Fragt man dagegen allgemein danach, in welchen Bereichen Frauen gegenüber Männern am stärksten benachteiligt werden, also ohne Selbstbezug, dann sehen Angehörige beider Geschlechter Frauen bei Einkommen und Karriere im Durchschnitt als deutlich benachteiligt (Abbildung 12).

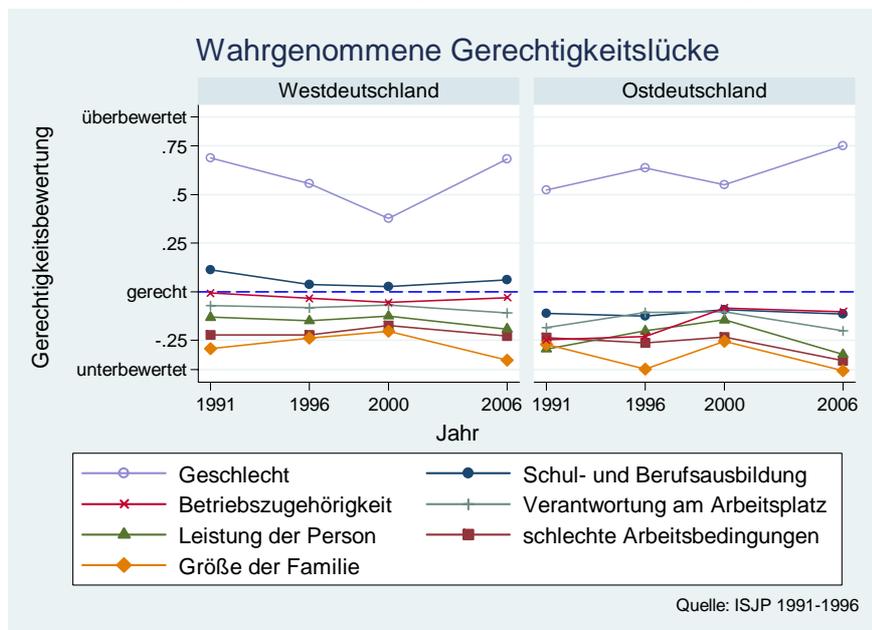
Abb. 12: Gleichberechtigung



© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

Unter allen Kriterien, die bei der Bezahlung eine Rolle spielen, fällt beim Geschlecht der Abstand zwischen gewünschtem Einfluss und beobachtetem Einfluss bei Weitem am größten aus und das unabhängig davon, ob Männer oder Frauen befragt wurden (ISJP 2006; Abbildung 13). 64 Prozent der Frauen und 49 Prozent der Männer halten Gleichberechtigung heutzutage für im Allgemeinen nicht verwirklicht (GEO 2007). Der verfassungsrechtlich fixierte Grundsatz der Gleichberechtigung ist der Wahrnehmung nach nicht verwirklicht (vgl. Artikel 3 GG). Ob das 2006 verabschiedete „Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz“ etwas an dieser Situation ändern wird, bleibt abzuwarten.

Abb. 13: Wahrgenommene Gerechtigkeitslücke bei der Bezahlung im Beruf²⁰

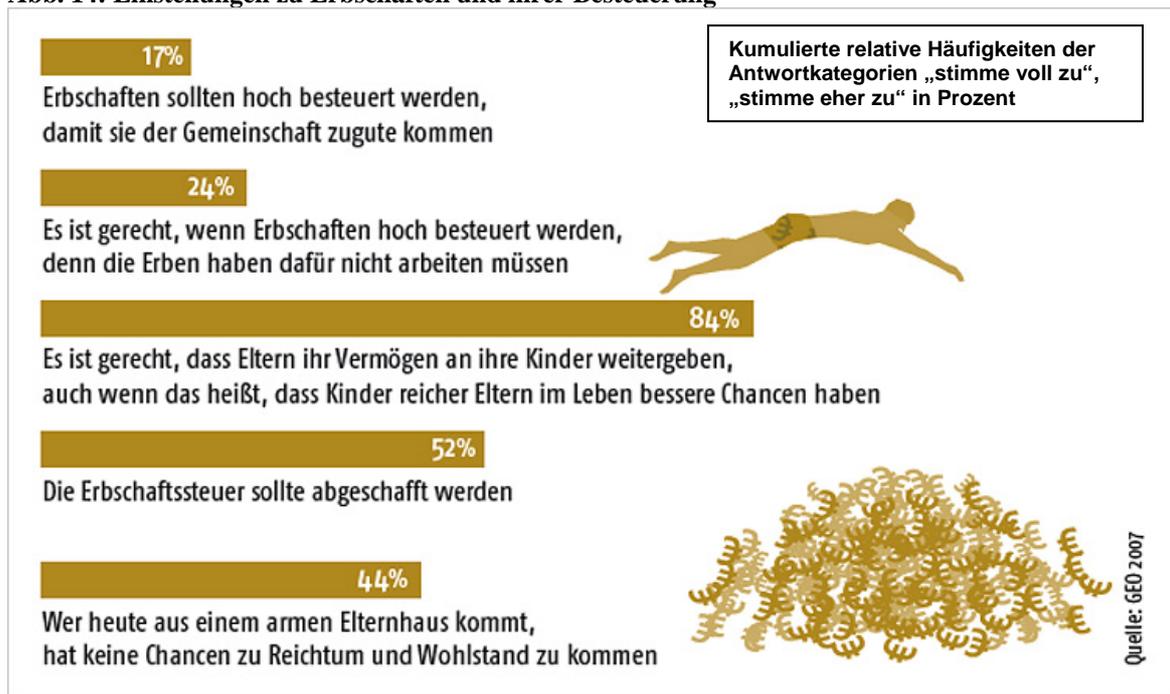


²⁰ Gefragt wurde danach, was tatsächlich Einfluss auf die Bezahlung hat und was Einfluss darauf haben sollte: Der Logarithmus des Verhältnisses aus tatsächlicher Bedeutung und gewünschter Bedeutung ergibt die sog. Gerechtigkeitsbewertung. Wobei hinsichtlich des Kriteriums Geschlecht eine als ungerecht empfundene Überbewertung festgestellt wird, während andere Kriterien (mit der Ausnahme der Schulbildung in Westdeutschland) als zu wenig berücksichtigt gelten.

Finger weg vom Erbe!

Auch wenn die Verteilung der Vermögen in Deutschland als sehr ungerecht empfunden wird, sind die Deutschen doch äußerst großzügig in ihrem Verhältnis zu ererbtem Vermögen. Zwar besitzen die oberen zehn Prozent im Jahr 2003 47 Prozent des gesamten Privatvermögens, während die untere Hälfte zusammen auf gerade einmal vier Prozent kommt – eine ungleiche Verteilung, die seit Jahrzehnten weitgehend konstant ist (BMAS 2005a: 37).²¹ Zwar meinen immerhin 44 Prozent der Befragten in der GEO-Umfrage: „Wer heute aus einem armen Elternhaus kommt, hat keine Chance zu Reichtum und Wohlstand zu kommen.“ Trotzdem sagen 84 Prozent der Deutschen: „Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.“ Und mehr als 50 Prozent befürworten sogar eine Abschaffung der Erbschaftssteuer (Abbildung 14).

Abb. 14: Einstellungen zu Erbschaften und ihrer Besteuerung



© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

Diese Vorstellungen widersprechen allerdings dem meritokratischen Ideal einer Leistungsgesellschaft, in dem in erster Linie „erworbene“ Eigenschaften des Individuums, die es durch eigene Leistung beeinflussen kann, über Einkommen und Vermögen entscheiden. Die

²¹ Bei der Verteilung des Nettovermögens gibt es zwei gegenläufige Entwicklungen. Im früheren Bundesgebiet lässt sich eine zunehmende Konzentration der Vermögen konstatieren. Der Gini-Koeffizient ist von 0,625 im Jahr 1993 auf 0,657 im Jahr 2003 gestiegen. In den „Neuen Bundesländern“ nimmt die Konzentration dagegen

Idee der Chancengleichheit wird somit verletzt – immerhin mussten die Erben für ihr Vermögen nicht arbeiten. Zudem stellen große Erbschaften ein wirtschaftliches Problem dar, argumentieren die Anhänger des liberalen Ökonomen John Stuart Mill, weil der Anreiz zu arbeiten entfällt; der Leistungswillen der Erben werde somit unterminiert. Aus ökonomischer Sicht sei es daher sinnvoll, eher Erbschaften als Arbeitseinkommen zu besteuern.²²

Im Jahr 2006 nahm der Staat 158 Milliarden Euro Lohnsteuer, aber nur 3,8 Milliarden Euro Erbschaftssteuer ein. Dabei werden jedes Jahr je nach Schätzung zwischen 50 und 200 Milliarden Euro vererbt – mit steigender Tendenz.²³ Die Generation derjenigen, die in den Phasen der Nachkriegsprosperität in Westdeutschland zu Reichtum und Wohlstand gekommen ist, wird in den nächsten Jahrzehnten große Vermögen an ihre Kinder und Enkel übertragen: Die Rede ist von 4,3 bis 7,1 Billionen Euro – die Schätzung variiert je nachdem, ob Unternehmenswerte mit berücksichtigt werden oder nicht (Stein 2004: 153). Von 2011 bis 2015 soll das Erbschaftsvolumen laut statistischem Bundesamt auf über 1.400 Milliarden Euro anschwellen.

Zweidrittel der Erben allerdings müssen sich jeweils mit weniger als 50.000 Euro zufrieden geben. Nur zehn Prozent können mit mehr als 266.000 Euro Nachlass rechnen (Braun et al. 2002). Studien zeigen, dass die meisten dieser Empfänger ohnehin schon über höhere Einkommen, höhere Bildung, Immobilien und Vermögen verfügen. Beim Erben gilt das Matthäus-Prinzip: „Wer hat, dem wird gegeben.“ (Schupp und Szydlie 2004) Darüber hinaus erhalten Ostdeutsche wesentlich seltener große Erbschaften als Westdeutsche. In absoluten Zahlen werden durch die umfangreichen Vermögensnachlässe nicht nur bestehende Ungleichheitsverhältnisse auf nachfolgende Generationen übertragen und damit perpetuiert, die ungleiche Entwicklung der Vermögensverhältnisse erhält zusätzliche Dynamik.²⁴

Gleichwohl wird „unverdientes“ Vermögen hierzulande mehrheitlich als gerecht emp-

ab, von 0,718 im Jahr 1993 auf 0,671 im Jahr 2003 (BMAS 2005a: 37). Verantwortlich hierfür ist ein Aufholprozess bei der Vermögensbildung im Osten.

²² Wobei es andere liberale Positionen gibt, die in Erbschaften eine wichtige Voraussetzung für Kapitalakkumulation und Investitionstätigkeit sehen. Allerdings wurde die deutsche Steuergesetzgebung wiederholt von der OECD kritisiert. Während die Steuereinnahmen insbesondere aus Vermögen in Deutschland weit unterdurchschnittlich ausfallen, würde der Faktor Arbeit vor allem durch Sozialversicherungsbeiträge überdurchschnittlich stark belastet (OECD 2007b).

²³ Das DIW quantifiziert das Erbschaftsvolumen zwischen 1999 und 2001 auf jährlich 50 Milliarden Euro (Zifonun und Schöffel 2004). Nach einer Schätzung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge werden zwischen 2000 und 2010 ca. 2 Billionen Euro vererbt, also in etwa 200 Milliarden Euro im Jahr. 40 Prozent der Nachlässe gehen allerdings auf die Konten von zwei Prozent der Erben (Braun et al. 2002).

²⁴ Diese Interpretation ist nicht unumstritten. Legt man ein relatives Ungleichheitskonzept zu Grunde, ist die Schlussfolgerung zunehmender Ungleichheit nicht zwingend. Zwar vergrößern sich die absoluten Abstände zwischen oben und unten durch Nachlässe, die relativen nehmen aber ab, da bei kleinen Vermögen Erbschaften einen prozentual höheren Anteil am Gesamtvermögen ausmachen, als bei großen Vermögen (BMGS 2005: 130).

funden: Nur 24 Prozent der Befragten befürwortet höhere Steuern für den Nachlass. Der Kölner Soziologe Jens Beckert, Direktor am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, erklärt das so: „Erben wird in Deutschland als eine Transaktion innerhalb der Familie wahrgenommen.“ Der Staat muss sich heraushalten – auch wenn so soziale Ungleichheit weitergegeben wird.

Wie stark diese Vorstellung kulturell geprägt ist, zeigt der Vergleich mit den USA. Die Erbschaftssteuer beträgt dort im Jahr 2006 46 Prozent. Zwar wird diese hohe Besteuerung erst auf den Teil von Vermögensnachlässen angewendet, der den Freibetrag von 2 Millionen Dollar überschreitet. Dennoch sind die Einnahmen aus dieser Steuerquelle bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in den USA wesentlich höher als hierzulande. Dagegen fällt die steuerliche Belastung von Arbeitseinkommen in den USA geringer aus.²⁵ Ein Nebeneffekt der hohen Erbschaftssteuer ist, dass es einen starken Anreiz zur Gründung gemeinnütziger Stiftungen gibt. In den USA verteidigen sowohl Ökonomen als auch eine Gruppe von „Superreichen“ die Beibehaltung der Erbschaftssteuer gegen Bestrebungen der Republikaner diese abzuschaffen.²⁶ Sie interpretieren die Erbschaftssteuer als Umsetzung des Verfassungspostulats: „All men are created equal.“ Oder, wie der Verfassungsvater Thomas Jefferson formulierte: „Jeder muss sich an der gleichen Startlinie aufstellen.“ Laut Beckert (2004) hat sich diese Position historisch als Schutz vor dynastischen Vermögenskonzentrationen entwickelt, wie sie in Europa zur Zeit der Gründungsphase der USA anzutreffen waren. So war Thomas Jefferson der Ansicht, das damalige Erbrecht in Europa habe zum Erhalt feudaler Machtstrukturen beigetragen.

²⁵ Während Bruttolöhne und Gehälter in Deutschland mit rund 35 Prozent durch Steuern und Sozialbeiträge belastet werden, wird vererbtes Vermögen lediglich mit rund 2,5 Prozent belastet. Laut OECD betrug das Aufkommen aus Erbschafts- und Schenkungssteuer im Jahr 2004 in den USA rund 0,26 Prozent, in Deutschland rund 0,19 Prozent.

²⁶ Laut einer Umfrage sind 60 Prozent der US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler für eine Besteuerung von Nachlässen (Whaples 2006). Zu den Befürwortern der Erbschaftssteuer zählt auch eine Reihe von Superreichen unter ihnen William Gates Sr., Warren Buffet, George Soros und Steven Rockefeller. Gleichwohl gelang es konservativen amerikanischen Lobbygruppen zunächst den Boden für eine Abschaffung der von ihnen als „Death Tax“ bezeichneten Erbschaftssteuer zu bereiten (Shapiro und Graetz 2005). Das Gesetzesvorhaben scheiterte jedoch im Jahr 2006 im amerikanischen Senat.

Einmal unten – immer unten?

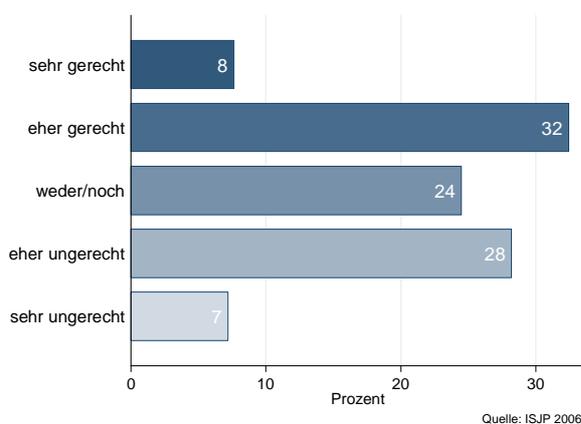
Der Diskurs über Gerechtigkeit ist in Deutschland oft einseitig auf Verteilungsfragen verengt. Ein zentrales Gerechtigkeitsthema gerät dabei aus dem Blickfeld – das der Chancengleichheit.

Nach internationalen Maßstäben sind die Bildungschancen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als beispielsweise die Nettoeinkommen. In kaum einem anderen Land der EU hängt die Bildungsbiografie so sehr von der Herkunft ab.²⁷ Nicht allein Leistung und Begabung entscheiden über die Lebenschancen eines Kindes in Deutschland – sondern vor allem der soziale Status der Eltern tut dies.²⁸ Die PISA-Studie aus dem Jahr 2000 zeigte: Bei gleichen kognitiven Grundfähigkeiten und gleicher Lesekompetenz ist die Chance eines Kindes aus gut situiertem Elternhaus 3,1-mal höher ein Gymnasium zu besuchen, als die eines Kindes aus einer Arbeiterfamilie (BMAS 2005a: 89).

Die Förderung von Kindern wird in Deutschland vernachlässigt: Die öffentlichen Ausgaben für Bildung anteilig am Bruttoinlandsprodukt sind vergleichsweise gering: 4,4 Prozent im Jahr 2003 (OECD 2006b).²⁹ Von den 30 ökonomisch am weitesten entwickelten Ländern der Welt wenden nur wenige einen noch geringeren Anteil für Bildung auf.

Allerdings: Ausgerechnet diese Vernachlässigung scheint wenige Menschen im Land zu stören (Abbildung 15). Nur 35 Prozent der Befragten hält das Bildungssystem für „ungerecht“. Und 41 Prozent stimmen der Aussage zu: „Es ist gerecht, dass diejenigen, die es sich leisten können, ihren Kindern eine bessere Ausbildung ermöglichen.“ (ISJP 2006)

Abb. 15: Gerechtigkeit des Bildungssystems



²⁷ „In keinem anderen bei PISA untersuchten Land ist der Zusammenhang zwischen der Lesekompetenz und der sozialen Herkunft so eng ist wie in Deutschland.“ (BMAS 2005a: 89)

²⁸ Von 100 Akademikerkindern schaffen 83 den Hochschulzugang, während der Anteil unter den Kindern von Nicht-Akademikern lediglich 23 Prozent beträgt (BMBF 2007: 111).

Warum wird ein System, das große Ungleichheit hervorbringt, dennoch von vielen als „gerecht“ empfunden?³⁰ Erklären kann man dies mit Hilfe sog. „Attributionsfehler“: Eigene Erfolge werden eigener Leistung zugeschrieben, Misserfolge dem System. Bei der Bewertung anderer ist es dagegen umgekehrt (Lee 1977). Da ein großer, meinungsbildender Teil der Mittel- und Oberschicht im heutigen Bildungssystem erfolgreich war, kommt von dieser Seite auch nicht viel Kritik. Das paradoxe daran: gerade die Anhänger einer individualistischen Leistungsideologie halten das derzeitige Bildungssystem für besonders gerecht (ISJP 2006).

Dem gegenüber wird der mangelnde Bildungserfolg von Kindern aus der Unterschicht oder von Kindern mit Migrationshintergrund individuellen Dispositionen zugeschrieben. Es werden Stereotypen bemüht, wie Faulheit, mangelndes Talent oder die Disziplinlosigkeit einer bestimmten Kultur. Die systemimmanenten Ursachen bleiben ausgeblendet.

Zudem gibt es gerade in der Ober- und Mittelschicht ein Interesse, den sozialen Status auf die Kinder zu übertragen. Mehr Chancengleichheit in der Schule aber würde später auch mehr Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedeuten.

Die Folge sind soziale Exklusionsprozesse: Um eigenen Privilegien zu sichern, werden Teile der Gesellschaft vom Zugang zu Ressourcen wie etwa Bildung ausgeschlossen. Die Exklusion erfolgt anhand zugeschriebener (askriptiver) Merkmale, die quasi mit der Geburt feststehen, wie dem Geschlecht, der ethnischen Zugehörigkeit oder der sozialen Herkunft. Die zu Grunde liegenden Mechanismen sind häufig subtil und laufen unbewusst ab. So beeinflussen die Notenvergabe oder die Gymnasialempfehlungen auch leistungsfremde äußerliche Kriterien wie die Vornamen (christlich vs. nicht-christlich) oder der (sprachliche) Habitus.

Aus ökonomischer Sicht ist „soziale Schließung“ unsinnig: das Potenzial leistungsstarker, aber armer Schüler bleibt ungenutzt. Es schwinden die Anreize für Personen aus den sog. bildungsfernen Schichten in ihre Qualifikationen zu investieren. Der in jüngster Zeit in Mode gekommene Begriff des abgehängten Prekariats (Müller-Hilmer 2006) oder die Rede vom fehlenden Aufstiegswillen der „neuen Unterschicht“ (Nolte) bezeichnet genau diesen

²⁹ Im Vergleich der Jahre 1995 und 2004 sind die Gesamtausgaben für Bildung in Deutschland sogar um 0,2 Prozent gesunken (OECD 2007a).

³⁰ Auffällig ist auch der hohe Anteil von Unentschiedenen. Dies lässt sich am besten mit dem Konzept „themenspezifischer Teilöffentlichkeiten“ sog. „Issue Publics“ erklären (Converse 2004: 194). Eine dezidierte Meinung zu bildungspolitischen Fragestellungen kann man demnach in erster Linie nur von direkt Betroffenen, also von Schülern bzw. Studenten und Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter erwarten. Während das Thema Einkommen und Vermögen mehr oder weniger alle betrifft, weist das Thema Bildung nur für bestimmte Personengruppen eine hohe Salienz auf. Der Rest ist indifferent.

Umstand. Wenn es nicht mehr die Leistung des Einzelnen ist, die über seine Erfolgchancen entscheidet, sondern der soziale Status seines Elternhauses, wird einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft auf lange Sicht die motivationale Grundlage entzogen.

Besonders betroffen sind Kinder ausländischer Herkunft. In der Sekundarstufe I besuchen 32 Prozent aller deutschen Schüler ein Gymnasium – und nur knapp 14 Prozent der Kinder mit ausländischem Pass (BMAS 2005a: 159f).³¹

„Wenn Jugendliche etwa aus Migrantenfamilien ohne Schulabschluss bleiben, und so auf Jahrzehnte Lebenschancen einbüßen, ist mit einer Politik der Umverteilung wenig geholfen“, so der Historiker Paul Nolte (2005: 20). Umverteilung lindert höchstens die Symptome, trifft aber nicht den Kern der Ungerechtigkeit. So verstanden, ist eine gute Bildungspolitik präventive Sozialpolitik. Zumal den Bildungszertifikaten in einer wissensbasierten Ökonomie eine immer größere Rolle bei der Verteilung von Lebenschancen und -risiken zukommt. Für gering Qualifizierte haben sich die Arbeitslosigkeitsrisiken und Einkommenschancen in den letzten Jahrzehnten deutlich verschlechtert, da sie in besonderem Maße dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Ursachen für den im internationalen Vergleich starken Zusammenhang zwischen Bildung und sozialer Herkunft in Deutschland sind vielschichtig. Zur Verbesserung der Bildungschancen benachteiligter Kinder könnte aber der Ausbau der frühkindlichen Betreuungsmöglichkeiten beitragen. Das zumindest ist Konsens unter den meisten Bildungsforschern. Zumal der Anteil der öffentlichen Finanzierung in diesem Bereich in Deutschland laut OECD (2006a: 4) besonders gering ausfällt. Dort zu investieren erfährt auch in der Bevölkerung großen Rückhalt. Bei der Umfrage im Juni 2007 plädierten 79 Prozent der Befragten für kostenlose Krippen- und Kindergartenplätze.

Konfliktträchtig ist das Thema aber trotzdem, denn die Zahlungsbereitschaft ist bei Menschen ohne eigene Kinder erwartungsgemäß geringer (Abbildung 16). Lediglich ein Drittel der Kinderlosen wäre bereit, dafür auch mehr Steuern zu zahlen. Umgekehrt finden 51 Prozent der Menschen mit Kindern: „Menschen ohne Kinder entziehen sich der Verantwortung für die Gesellschaft.“

³¹ Im Jahr 2002 besuchten 10,3 Prozent der deutschen Schüler, aber 21,1% der Schüler ausländischer Nationalität (nicht-deutsche Staatsbürgerschaft) eine Hauptschule. Ausländische Schüler sind also deutlich überrepräsentiert. Bei den Gymnasien ist es umgekehrt. 19,5 Prozent der ausländischen Schüler bleibt ohne Hauptschulabschluss, bei deutschen Schülern sind es 9,5 Prozent (BMAS 2005a: 159f).

Abb. 16: Familien vs. Kinderlose

© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

Mit dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten könnte man auch auf einem anderen Feld für mehr Chancengleichheit sorgen: nämlich zwischen Männern und Frauen.

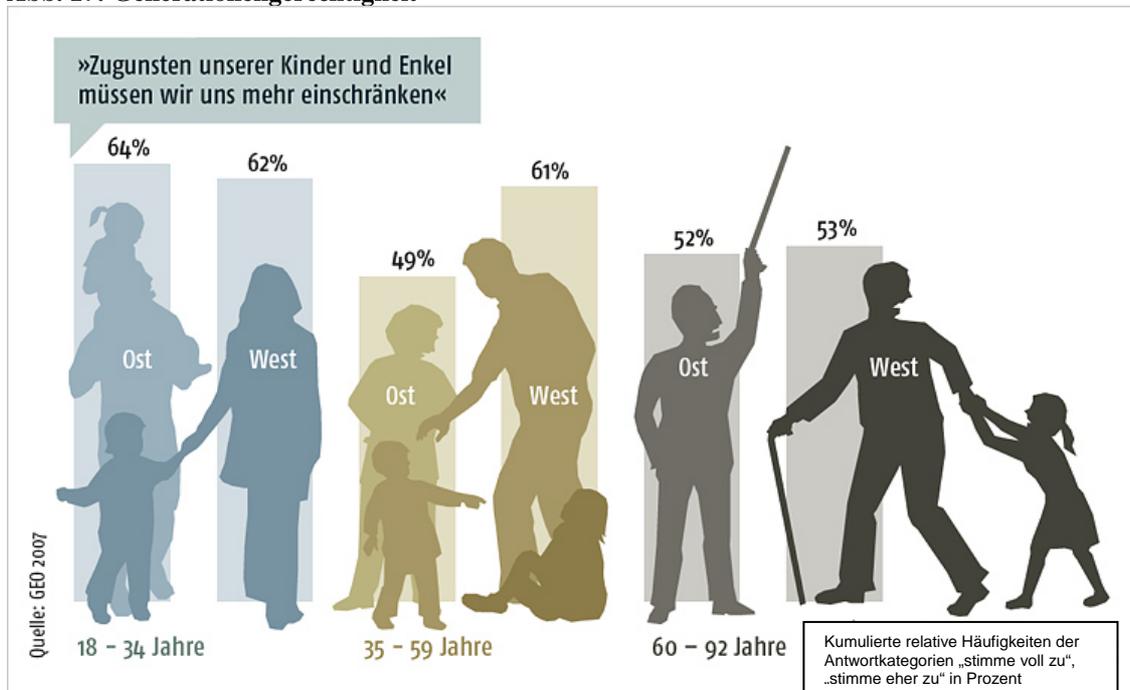
Wesentlich verantwortlich für das Weiterbestehen der Einkommensdifferenz und der schlechteren Karrierechancen³² von Frauen sind unter Anderem die häufigeren und längeren Unterbrechungen in ihren Erwerbsbiografien aufgrund von Kindererziehungszeiten. Frauen verfügen deswegen über eine im Durchschnitt geringere Berufserfahrung. Für Arbeitgeber wäre es ökonomisch unvernünftig, diese Differenz in ihrer Gehaltspolitik nicht zu berücksichtigen. Die Gesellschaft, der Staat oder die Arbeitgeber müssten sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, keine Rahmenbedingungen zu schaffen, die Frauen dabei unterstützen, die Dauer ihrer Erwerbsunterbrechungen zu verringern bzw. die die Männer stärker dazu ermuntern, Kindererziehungszeiten wahrzunehmen.

³² In Deutschland sind im Jahr 2006 lediglich 26 Prozent der Führungspositionen von Frauen besetzt. Unter den älteren EU-Ländern steht Deutschland damit an letzter Stelle. Im EU-Durchschnitt sind es 30 Prozent. In Frankreich beträgt der Anteil von Frauen in Leitungspositionen 38 Prozent, in Großbritannien 34 Prozent. Mit 46 Prozent verfügt Litauen, eines der neuen EU-Mitgliedsländer, über den größten Anteil von Frauen in Führungspositionen (Newell 2007: 4).

Vom Opa die Schulden?

Auf 1,6 Billionen Euro beläuft sich die Verschuldung der öffentlichen Hand in Deutschland. Schon jetzt geht jeder sechste Steuer-Euro des Bundes als Zins direkt an die Gläubiger. Und: Die Überalterung Deutschlands zieht die Verschuldungsschraube noch einmal an – durch höhere Ausgaben für Pensionen, Renten und Gesundheit. Immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Alte versorgen.³³ Setzt man eine Einnahmepolitik voraus, die sich an den wachsenden Ausgaben für die Senioren orientiert, dann steigen durch die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und Krankenversicherung auch die Lohnnebenkosten. Die Beschäftigungschancen der jüngeren Kohorten und insbesondere gering Qualifizierter sinken.

Abb. 17: Generationengerechtigkeit

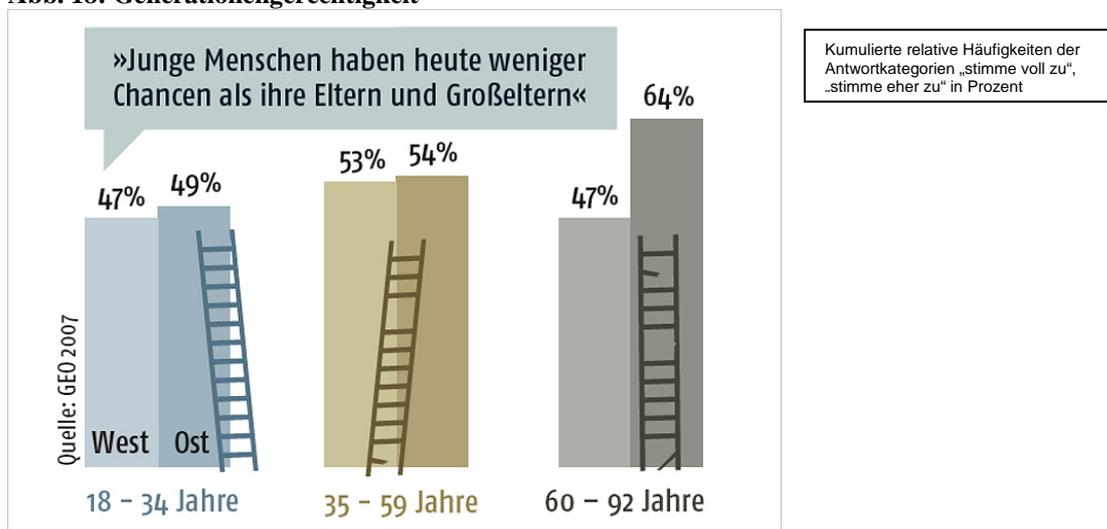


© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

³³ Während im Jahr 1960 die fernere Lebenserwartung bei Renteneintritt allgemein um die 10 Jahre betrug, liegt sie im Jahr 2000 bei ca. 14 Jahre für Männer und knapp über 18 Jahre für Frauen (ZDWA 2007: 101). Das ist zunächst erfreulich. Unter den Vorzeichen der extrem niedrigen Geburtenrate von rund 1,36 Kindern pro Frau unterhalb des Ersatzniveaus, drückt sich die Kehrseite in Zahlen wie folgt aus: Der Altenquotient, das Verhältnis der über 65jährigen zu den 20-64jährigen, betrug im Jahr 2005 32. Auf drei Personen im erwerbsfähigen Alter kam ein über 65jähriger. Im Jahr 2025 soll dieser Quotient 43 betragen. Dann müssen 2,3 potentielle Arbeitnehmer einen Rentner finanzieren. Für 2050 wird ein Quotient von 58 prognostiziert, also ein Verhältnis von 1,7 zu 1. Die Prognose beruht auf den eher optimistischen Annahmen hoher Fertilität und hoher Zuwanderung (ZDWA 2007: 9).

Diese düsteren Prognosen prägen die Einstellung der Befragten: 61 Prozent sehen im Jahr 2006 in der demografischen Entwicklung ein großes oder sehr großes Problem (ISJP 2006). In allen Altersgruppen sind die Menschen mehrheitlich der Meinung, dass die Älteren sich zugunsten ihrer Kinder und Enkel einschränken müssen. Bezeichnenderweise ist diese Überzeugung jedoch am stärksten in der jüngsten Kohorte verbreitet (Abbildung 17). Zugleich glaubt inzwischen jeder zweite Deutsche, dass junge Menschen heute weniger Chancen haben als ihre Eltern oder Großeltern. Eine Sichtweise, die vor allem von den älteren Ostdeutschen geteilt wird (Abbildung 18).

Abb. 18: Generationengerechtigkeit



© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

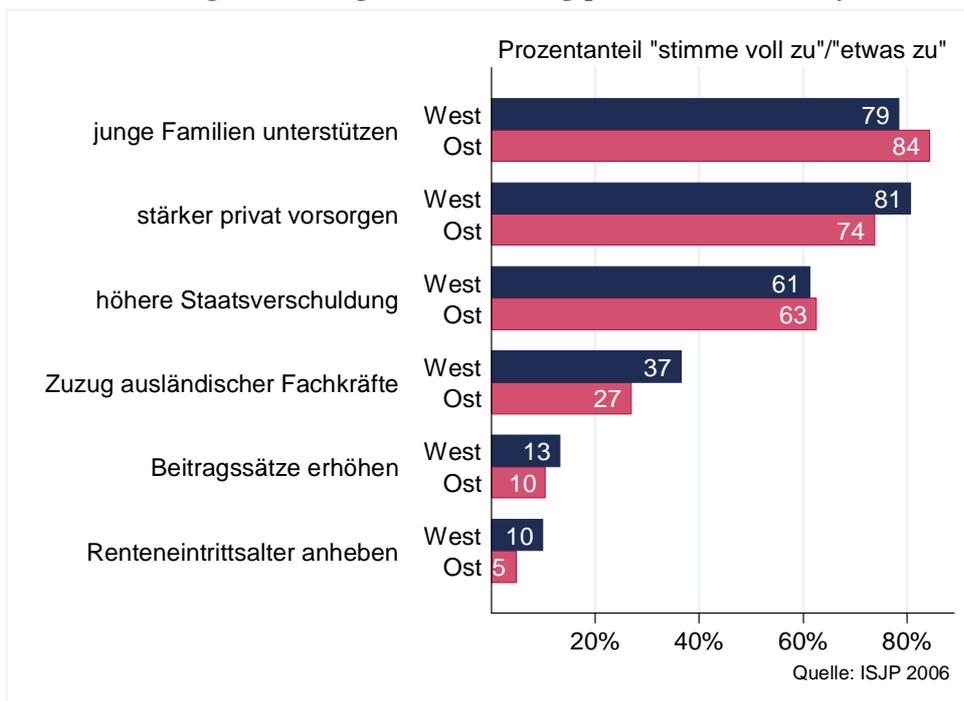
Genauer betrachtet, ist die Diskussion über die Lastenverteilung im Zuge des demografischen Wandels nicht nur eine Verteilungsfrage zwischen Alt und Jung, sondern auch zwischen sozialen Statusgruppen. Die wachsende Zahl von Menschen mit fragmentierten Erwerbsbiografien und atypischen Beschäftigungsverhältnissen – Arbeitslose, kleine Selbstständige, Alleinerziehende und Frauen mit häufigen Berufsunterbrechungen – wird oft keine existenzsichernden Rentenanwartschaften aufbauen können. Soziale Ungleichheiten im Alter werden sich dadurch in Zukunft verstärken (Bäcker 2004: 21).

Ihrer Alterung kann eine Gesellschaft mit unterschiedlichen Mitteln begegnen. Sie kann durch eine entsprechende Familienpolitik dafür sorgen, dass mehr Kinder geboren werden und die Frauenerwerbsbeteiligung steigt. Sie kann die Privatvorsorge fördern oder schlicht mehr Schulden machen. Sie kann den Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern, die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) erhöhen; oder sie kann das Renteneintrittsalter anheben und versuchen durch Weiterbildung ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Unter dem Blickwinkel generationaler Gerechtigkeit wäre laut Gerhard Bäcker (2004: 27) eine Anhebung der Altersgrenzen angesichts der gestiegenen und weiter steigenden Lebenserwartung³⁴ die beste Alternative, da so Ältere und Jüngere gleichermaßen zur Entlastung der GRV beitragen: Dies würde einerseits die Beitragszeiten verlängern und andererseits die Bezugsdauer der Rente verkürzen. Ein höherer Beitragssatz mit den bekannten negativen beschäftigungspolitischen Effekten ließe sich vermeiden.

Ausgerechnet Reformvorhaben³⁵, die auf eine Erhöhung des Renteneintrittsalters abzielen, erweisen sich in der Bevölkerung als mit Abstand am unpopulärsten, wie Abbildung 19 verdeutlicht. Und das, obwohl 65 Prozent der Befragten der Meinung sind, das derzeitige Rentensystem sei ungerecht gegenüber der jüngeren Generation. Unter verschiedenen Reformoptionen erhält ein späterer Rentenbezug die geringste Zustimmung, während sogar eine höhere Staatsverschuldung mehrheitlich in Kauf genommen würde (Wegener und Schrenker 2007). Auch andere systemexogene Reformoptionen werden mehrheitlich befürwortet.

Abb. 19: Vorschläge zur Lösung der Finanzierungsprobleme des Rentensystems



³⁴ Im Schnitt steigt die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland alle sieben Jahre um ein Jahr (ZDWA 2007: 101).

³⁵ Die jüngsten Rentenreformen (Nachhaltigkeitsfaktor, Rente mit 67) markieren den Schritt zu einer stärker einnahmeorientierten Ausgabenpolitik, was ein Absinken des Rentenniveaus bei konstantem Beitragssatz zur Folge hat und durch stärkere private Vorsorge kompensiert werden soll.

Wie lässt sich dieses Paradox deuten? Wissenschaftliche Studien verweisen immer wieder auf das Phänomen des „Status-Quo-Bias“.³⁶ Die Menschen halten das für gerecht, was sie gewohnt sind und was sich lange bewährt hat. George Homans (1976) einer der Klassiker der Gerechtigkeitsforschung hat das einmal so formuliert: „What is, is always becoming what ought to be.“ Zwar gibt es in der Bevölkerung ein diffuses Ungerechtigkeitsempfinden gegenüber der jüngeren Generation, fragt man jedoch nach der konkreten Ausgestaltung des Rentensystems, werden die institutionellen Regelungen für gerecht befunden, die dem bislang bestehenden System entsprechen.

Dies bestätigte auch eine Untersuchung im Rahmen des ISJP im Jahr 2006. Dort ging es um die Gerechtigkeit der gesetzlichen Renten (Schrenker 2007). Dabei gelang es, den Prozess zu rekonstruieren, der bei der Gerechtigkeitsbewertung von Renteneinkommen im Kopf der Befragten abläuft. In einer sog. Vignettenstudie sind den Untersuchungspersonen einige fiktive Rentner vorgestellt worden, die sich hinsichtlich ihrer Erwerbsbiografie, ihrer familiären Situation und einer Reihe weiterer Merkmale unterschieden.

Die situativen Unterschiede wurden dabei von den Befragten sehr differenziert berücksichtigt. Zugleich zeigte sich ein sehr großer Konsens, hinsichtlich der Bewertung der erwerbsbiografischen Merkmale der fiktiven Rentner und ob ein Kriterium überhaupt für die Rente relevant sein soll. Die Ergebnisse widersprechen damit der verbreiteten Annahme, es sei willkürlich, was Personen für gerecht halten.

Aus Sicht der Befragten sollte sich die „gerechte“ Rente vornehmlich danach richten, was eine Person zuletzt verdient hatte (Sicherung der relativen Einkommensposition) und wie viele Jahre sie gearbeitet hat – also nach genau jenen Kriterien, die auch in die aktuelle Rentenformel am stärksten eingehen. Die Gewöhnung an langfristige institutionelle Gegebenheiten prägt offenbar die Gerechtigkeitserwartungen.³⁷

³⁶ Als grundlegend werden verschiedene kognitive „Verzerrungen“ angenommen, wie Verlustaversion – Verluste durch eine Reform werden emotional intensiver erlebt als Gewinne, auch wenn sie ökonomisch äquivalent sind (Kahneman et al. 1991) und Risikoaversion – die positiven Effekte einer Reform sind zudem unsicher, die Verluste dagegen sicher.

³⁷ Für diese Interpretation spricht auch, dass es für Ost- und Westdeutsche abweichende Vorstellungen hinsichtlich des „gerechten institutionellen Designs der Rente“ gibt. Ostdeutsche bevorzugen einen vergleichsweise höheren Grundbetrag, unter den die Rente nicht fallen sollte sowie eine geringere Abhängigkeit der Rentenhöhe von der beruflichen Einkommensposition. Als weiteres Indiz für die Existenz eines „Status-Quo-Bias“ kann gewertet werden, dass die arbiträr gewählten tatsächlichen Renten der fiktiven Rentner die Gerechtigkeitsbewertung durch die Befragten stark beeinflusst haben. Insgesamt zeigte sich bei den Befragten ein dreifacher Evaluationsprozess, in den Situationswahrnehmung, Eigeninteresse und normative Grundorientierungen einfließen. Neben den Situationsfaktoren ist das Eigeninteresse der befragten Personen nicht vollkommen irrelevant. Quasi in einer Umkehrung von Kants kategorischem Imperativ, werden stets die allgemeinen Regeln bevorzugt, von denen die jeweiligen Befragten selbst tendenziell profitieren würden. Allerdings ist dieser Effekt sehr klein. Schließlich führen auch die normativen Prädispositionen der Befragten unabhängig von ihren ökonomischen Interessen zu einer unterschiedlichen Bewertung der situativen Faktoren: Personen, die am normativen Ideal der

Reformen führen vor diesem Hintergrund zunächst zu Ungerechtigkeitsempfindungen und Protest, weil sie Gewohntes in Frage stellen. Dagegen kann für bestehende Regeln häufig eine große Akzeptanz in der Bevölkerung vorausgesetzt werden, auch wenn diese Akzeptanz von diffusen Ungerechtigkeitsempfindungen überlagert wird.

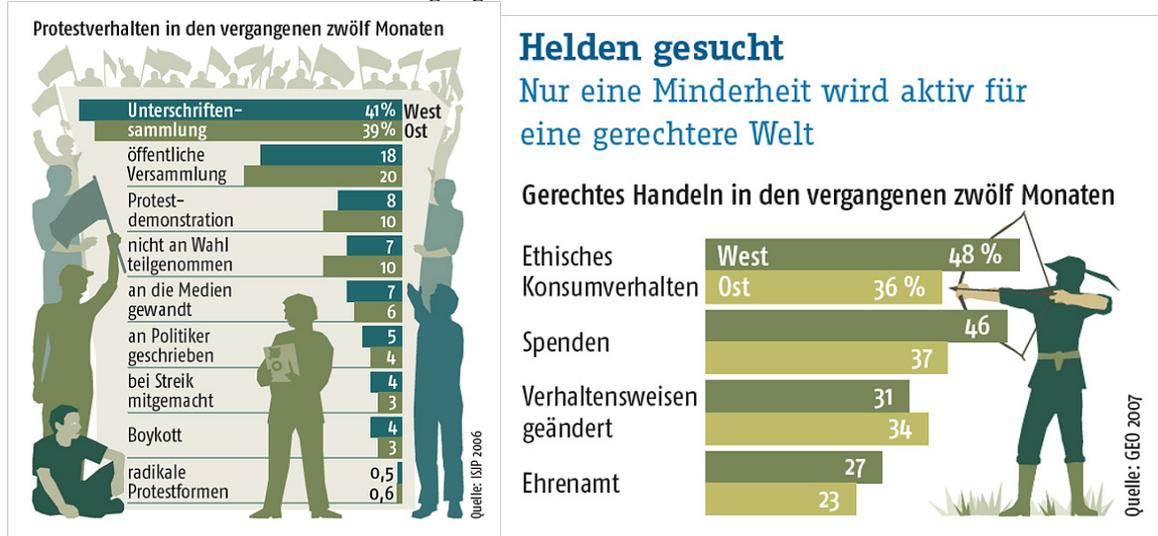
Gleichheit orientiert sind, halten bspw. das Kriterium „relative Statussicherung“ für weniger wichtig und differenzieren deshalb weniger bei der Rentenhöhe, die sie für gerecht halten, egal ob sie selbst aus ihrer Erwerbstätigkeit über hohe Rentenanwartschaften verfügen oder nicht.

Fatalisten und die Exit-Option

Ungerechtigkeit zu beklagen ist einfacher als gerechte Lösungen zu finden. Von der Politik erwarten die Menschen viel – aber die Kluft zwischen Volksvertretern und Bürgern ist tief: Als die Bertelsmann-Stiftung 2006 Parlamentarier befragen ließ, ob sie die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in Deutschland im Großen und Ganzen für gerecht hielten, bejahte dies eine Mehrheit von 60 Prozent. In der GEO-Umfrage waren dagegen nur 18 Prozent der Bürger dieser Ansicht.

Was bedeutet die Einschätzung, dass die Ungerechtigkeit zunimmt, für die politische Teilhabe? „Wahrgenommene Einkommensungerechtigkeit führt eher zu einer Entfremdung des Individuums von politischen Institutionen als zu erhöhter politischer Beteiligung“, so der Sozialwissenschaftler Kai Mühleck.³⁸ Diese These wird von der GEO-Umfrage untermauert. Die Deutschen sind vor allem dann zum Aufbegehren bereit, wenn der Einsatz gering ist – etwa bei einer Unterschriftensammlung. Im Osten, wo die Einkommens- und Vermögensverteilung als besonders ungerecht empfunden wird, wählen Menschen oft „die Exit-Option“; sie werden fatalistisch.

Abb.20: Protestverhalten und Beteiligung

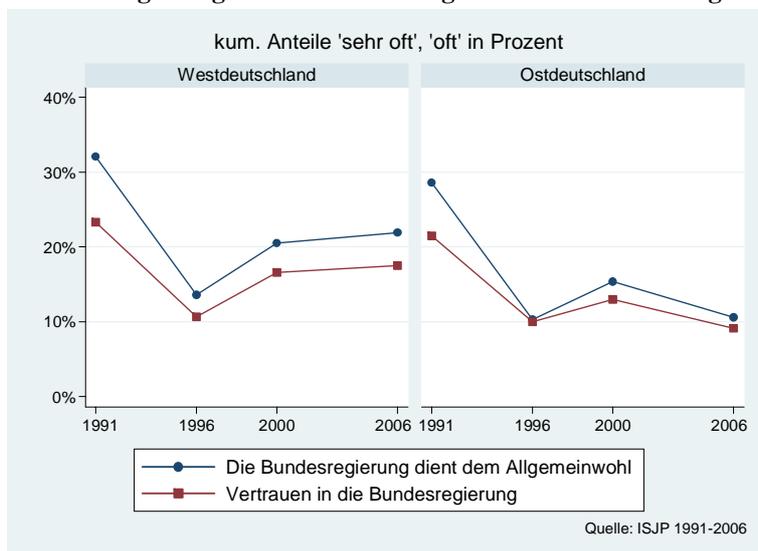


© illu.team43/ Juliane Richter und Birte Wagner

³⁸ Ob eine Ungerechtigkeitswahrnehmung eher zu politischer Beteiligung motiviert oder eher davon abhält, muss man bei genauerer Betrachtung sehr differenziert beantworten. Denn es kommt wesentlich darauf an, ob das politische System als responsiv gegenüber den Bedürfnissen der Bevölkerung wahrgenommen wird und für wie wirksam Individuen ihr eigenes Handeln halten (Mühleck 2007). Sind diese Voraussetzungen nicht gegeben, so führen Ungerechtigkeitswahrnehmungen zu Verdrossenheit und Fatalismus und äußern sich beispielsweise in der Wahl von „Protestparteien“ oder Wahlenthaltung. Dass 67 Prozent der Befragten meinen, Politiker kümmere nicht, was Leute wie sie denken, gibt in dieser Hinsicht Anlass zur Sorge.

Wie viele Bürger in einem fatalistischen Endstadium verträgt die Demokratie? Wie viel Gleichheit – an Vermögen und Chancen – muss sein, dass Menschen ihre Gesellschaft für gerecht halten? Und was müsste sich dafür ändern? Paradoxe Weise halten auch Unzufriedene den Status quo offenbar besser aus als Veränderung. Denn haben tatsächliche Verhältnisse erst einmal lange genug Bestand, dann gewöhnen wir uns an sie und halten sie für normal. Die Gewöhnung prägt dann schließlich das, was wir für gerecht halten. Aus dem was ist, wird das, was sein soll (Homans). In Zeiten notwendiger Veränderungen, wie sie internationaler Wettbewerb und demografische Entwicklung mit sich bringen, wittern die meisten deshalb erst einmal wachsende Ungerechtigkeit. Vielen fällt es schwer, auch in der Diskussion um Gerechtigkeit neue Schwerpunkte zu akzeptieren. Und damit ist bereits angelegt, dass sich Teile der Gesellschaft in jedem Fall auch weiterhin ungerecht behandelt fühlen werden. Nicht zuletzt, weil die Sicherheitsbedürfnisse partikularer Gruppen und ihr Bestreben, gewohnte Besitzstände zu verteidigen, häufig quer zu Konzepten wie Chancengleichheit oder dem Leistungsprinzip stehen. Das Dilemma: werden Angehörige einzelner Gruppen gegen bestimmte Risiken abgesichert, wird zugleich immer auch gegen andere Gruppen diskriminiert, was neue Gerechtigkeitsprobleme aufwirft.

Abb. 21: Regierungsvertrauen und Allgemeinwohlorientierung



Für die Politik bedeutet das: sie muss bei der Vermittlung ihrer Vorhaben größere Sorgfalt walten lassen und gezielter auf die Ängste und divergenten Gerechtigkeitsvorstellungen einzelner gesellschaftlicher Gruppen eingehen, ohne jedoch das Gemeinwohl aus den Augen zu verlieren. In der politischen Kommunikation ist zudem mehr Redlichkeit erforderlich. Dass in der Bevölkerung im Jahr 2006 54 Prozent der Meinung waren, „So wie die

Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist“, zeugt von gewissen Abnutzungserscheinungen des Gerechtigkeitsbegriffs. Die politische Klasse könnte für mehr Orientierung sorgen, wenn sie, anstatt „Nebelkerzen“ zu werfen, genau sagt, was sie jeweils unter Gerechtigkeit versteht: etwa ob es um Statussicherung, Ergebnisgleichheit, Eigenverantwortung, Leistungsäquivalenz, Bedarfsgerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder Chancengleichheit geht und vor allem für wen. Alles auf einmal unter der Chiffre „Gerechtigkeit“ erreichen zu wollen, weckt Erwartungen, an denen Politik letztendlich scheitern muss.

Anhang

Tabelle A1: Gerechtigkeitsprinzipien 2006, Zustimmung in Prozent

	West	Ost
Es ist gerecht, dass Menschen, die hart arbeiten, mehr verdienen als andere	91	93
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere	86	86
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren	76	86
Die Leute sind nur dann bereit, in ihrem Beruf zusätzliche Verantwortung zu übernehmen, wenn sie dafür auch zusätzlich bezahlt werden	74	75
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen	75	88
Solange es gleiche Chancen für alle gibt, ist es gerecht, wenn einige mehr Geld und Vermögen haben als andere	78	73
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben	76	74
Am wichtigsten ist, dass die Menschen das bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn die Besserverdienenden dafür etwas von ihrem Einkommen abgeben müssen	71	78
Es ist gerecht, dass Leute mit höherem Einkommen höhere Rente bekommen können als andere	70	61
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind	59	55
Die gegenwärtigen Einkommensunterschiede zwischen den Berufen bestehen, weil die meisten Menschen sich einfach damit abfinden	55	60
So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist	52	65
Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen	46	53
Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen	41	57
Die Regierung sollte das Einkommen von den Reicherer auf die Ärmeren umverteilen	40	56
Es ist gerecht, dass diejenigen, die es sich leisten können, ihren Kindern eine bessere Ausbildung ermöglichen	42	38
Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon	41	33
Es ist einfach nur Zufall, dass einige Menschen begabter und intelligenter sind als andere; sie sollten deswegen keinen Anspruch auf ein höheres Einkommen haben	25	29
Die gerechteste Art Einkommen und Vermögen zu verteilen wäre, allen gleiche Anteile zu geben	23	30

Kumulierte relative Häufigkeiten der Antwortkategorien „stimme voll zu“, „stimme etwas zu“ in Prozent; redressmentgewichtet; Quelle: ISJP 2006

Tabelle A2: Negative Nebenfolgen des Sozialstaats, Zustimmung in Prozent

	2000		2006	
	West	Ost	West	Ost
Hier bei uns könnten die meisten Arbeitslosen einen Arbeitsplatz finden, wenn sie nur wirklich wollten	64	32	50	29
Der Sozialstaat führt heutzutage dazu, dass die Menschen immer weniger für sich selbst sorgen	62	49	62	45
Viele Sozialleistungsbezieher nutzen das soziale Sicherungssystem in irgendeiner Weise aus	76	69	77	60
Unser Rentensystem ist ungerecht gegenüber der jüngeren Generation	59	66	70	68

Kumulierte relative Häufigkeiten der Antwortkategorien „stimme voll zu“, „stimme etwas zu“ in Prozent; redressmentgewichtet; Quelle: ISJP 2000 und 2006

Literatur

- AFL-CIO*, 2006: 2006 Trends in CEO Pay.
- Bach, Stefan, und Viktor Steiner*, 2007: Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen. Reale Zuwächse nur für Reiche, DIW Wochenbericht 13/2007: 193-198.
- Bäcker, Gerhard*, 2004: Die Frage nach der Generationengerechtigkeit: Zur Zukunftsfähigkeit der umlagefinanzierten Rentenversicherung, DRV Schriften 51: 12-31.
- Beckert, Jens*, 2004: Unverdientes Vermögen. Soziologie des Erbrechts. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- BMAS*, 2005a: Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- BMAS*, 2005b: Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Anhang. Berlin: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.
- BMBF*, 2007: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.
- BMGS*, 2005: Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen Erbschaften und Vermögensverteilung. Berlin: Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung.
- Braun, Reiner, Florian Burger, Meinhard Miegel, Ulrich Pfeiffer und Karsten Schulte*, 2002: Erben in Deutschland : Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.
- Converse, Philip E.*, 2004: The Nature of Belief Systems in Mass Public. S. 181-199 in: *John T. Jost und Jim Sidanius* (Hg.): Political Psychology. Key Readings. New York: Psychology Press.
- Della Fave, L. Richard*, 1980: The Meek Shall Not Inherit the Earth: Self-Evaluation and the Legitimacy of Stratification, *American Sociological Review* 45: 955-971.
- Douglas, Mary*, 1982: Cultural Bias. S. 183-254 in: *Mary Douglas* (Hg.): *In the Active Voice*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Douglas, Mary*, 1996: *Thought Styles*. London: Sage.
- DSW*, 2007: Vergütungsstudie: Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz.
- Festinger, Leon*, 1957: *A Theory of Cognitive Dissonance*. Evanston, Illinois: Row, Peterson.
- Frick, Joachim R., Jan Goebel, Markus M. Grabka, Peter Krause, Andrea Schäfer, Ingrid Tucci und Gert G. Wagner*, 2005: Zur langfristigen Entwicklung von Einkommen und Armut in Deutschland, *DIW Wochenbericht* 4/2005: 59-68.
- Gerlitz, Jean-Yves, Kai Mühleck und Percy Scheller*, 2008: Justice Perception in Times of Transition. Trends in Germany 1991-2006. Manuskript, in International Social Justice Project. Berlin. Humboldt-Universität.
- Hauss, Kalle, Tatjana Mika und Bernd Wegener*, 2001: Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 2000. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 75. Berlin: Humboldt-Universität.
- Hinz, Thomas, und Hermann Gartner*, 2005: Geschlechtsspezifische Unterschiede in Branchen, Berufen und Betrieben, *Zeitschrift für Soziologie* 34: 22-39.
- Homans, George C.*, 1976: Commentary. S. 231-244 in: *Leonard Berkowitz und Elaine Walster* (Hg.): *Advances in Experimental Social Psychology*, Vol. 9. Equity Theory: Toward a General Theory of Social Interaction. New York: Academic Press.
- Jasso, Guillermina*, 1978: On the Justice of Earnings. A New Specification of the Justice Evaluation Function, *American Journal of Sociology* 83: 1398-1419.
- Jasso, Guillermina, und Bernd Wegener*, 1997: Methods for Empirical Justice Analysis. Part 1. Framework, Models, Quantities, *Social Justice Research* 10: 393-429.
- Kahneman, Daniel, Jack L. Knetsch und Richard H. Thaler*, 1991: Anomalies. The Endowment Effect, Loss Aversion and Status Quo Bias, *Journal of Economic Perspectives* 5: 193-206.

- Kluegel, James R.*, 1989: Perceptions of Justice in the U.S.: Split Consciousness Among the American Public, in Conference on Perception of Social Justice in East and West. Dubrovnik.
- Lee, Ross*, 1977: The Intuitive Psychologist and his Shortcomings: Distortions in the Attribution Process. S. 173-220 in: *Berkovitz Leonard* (Hg.): Advances in Experimental Social Psychology. New York: Academic Press.
- Legewie, Joscha, Jean-Yves Gerlitz, Kai Mühleck, Percy Scheller, Simone Schneider und Bernd Wegener*, 2007: Dokumentation für den deutschen Teil des International Social Justice Project. Replikation 2006. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 115. Berlin.
- Lippl, Bodo*, 2005: Sozialer Wandel, wohlfahrtsstaatliche Arrangements und Gerechtigkeitsäußerungen im internationalen Vergleich. Dissertationsschrift. Berlin: Philosophische Fakultät III. Humboldt-Universität.
- Mühleck, Kai*, 2007: Gerechtigkeit und Wahlverhalten. Gerechtigkeitswahrnehmung und Gerechtigkeitseinstellungen als Motive politischen Handelns. Dissertationsschrift. Berlin: Philosophische Fakultät III. Humboldt-Universität.
- Müller-Hilmer, Rita*, 2006: Gesellschaft im Reformprozess: Friedrich-Ebert-Stiftung/TNS Infratest Sozialforschung.
- Newell, Helen*, 2007: Gender and Career Development. Warwick: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions.
- Noll, Heinz-Herbert, und Stefan Weick*, 2005: Relative Armut und Konzentration der Einkommen deutlich gestiegen, Informationsdienst Soziale Indikatoren 33: 1-6.
- Nolte, Paul*, 2005: Soziale Gerechtigkeit in neuen Spannungslinien, Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29: 16-23.
- OECD*, 2006a: Bildung auf einen Blick 2006. OECD Briefing Notes für Deutschland: OECD.
- OECD*, 2006b: Education at a Glance 2006. Indicator B2. Expenditure on Educational Institutions Relative to Gross Domestic Product.
- OECD*, 2007a: Education at a Glance. Chart B2.1. Expenditure on Educational Institutions as a Percentage of GDP for all Levels of Education (1995, 2004).
- OECD*, 2007b: Revenue Statistics 1965-2006 - 2007 Edition. OECD Publishing.
- Palan, Dietmar, und Ulric Papendick*, 2007: Vorstandsbezüge explodieren, in Manager-Magazin 7/2007. Hamburg.
- Schmidt, Reinhart, und Joachim Schwalbach*, 2007: Zu Höhe und Dynamik der Vorstandsvergütung in Deutschland, Zeitschrift für Betriebswirtschaft Special Issue 1/2007: 111-122.
- Schrenker, Markus*, 2007: Was ist eine gerechte Rente? Ergebnisse einer Vignettenstudie. ISJP-Arbeitsbericht Nr. 126. Berlin: Humboldt-Universität.
- Schrenker, Markus, und Thomas Ramge*, 2007: Was ist gerecht?, Geo 10/2007: 134-147.
- Schupp, Jürgen, und Marc Szydlie*, 2004: Zukünftige Vermögen - Wachsende Ungleichheit. S. 243-264 in: *Marc Szydlie* (Hg.): Generation und Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag.
- Shapiro, Ian, und Michael Graetz*, 2005: Death by a Thousand Cuts: The Fight over Taxing Inherited Wealth. Princeton: Princeton University Press.
- Statistisches_Bundesamt*, 2006a: Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Statistisches_Bundesamt*, 2006b: Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches_Bundesamt*, 2007a: Bruttoinlandsprodukt 2006 für Deutschland. Frankfurt a. M.: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches_Bundesamt*, 2007b: Statistisches Jahrbuch. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stein, Holger*, 2004: Anatomie der Vermögensverteilung. Berlin: Edition Sigma.
- Thaler, Richard H.*, 1999: Mental Accounting Matters, Journal of Behavioral Decision Making 12: 183-206.
- UNU/WIDER*, 2007: World Income Inequality Database. Version 2.0b. Helsinki: United Nations University.

- Wegener, Bernd*, 1987: The Illusion of Distributive Justice, *European Sociological Review* 3: 1-13.
- Wegener, Bernd*, 1999: Belohnungs- und Prinzipiengerechtigkeit. Die zwei Welten der empirischen Gerechtigkeitsforschung. S. 167-214 in: *Ulrich Druwe und Volker Kunz* (Hg.): Politische Gerechtigkeit. Opladen: Leske + Budrich.
- Wegener, Bernd, und Stefan Liebig*, 1993: Eine Grid-Group-Analyse sozialer Gerechtigkeit. Die neuen und alten Bundesländer im Vergleich, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 668-690.
- Wegener, Bernd, und Stefan Liebig*, 1995: Dominant Ideologies and the Variations of Justice Norms: A Comparison of East and West Germany and the United States. in: *James R. Kluegel, David S. Mason und Bernd Wegener* (Hg.): Social Justice and Political Change. Public Opinion in Capitalist and Postcommunist States. New York: De Gruyter.
- Wegener, Bernd, und Markus Schrenker*, 2007: Was sind gerechte Renten? Gerechtigkeit in der Alterssicherung aus Sicht der deutschen Bevölkerung, *Deutsche Rentenversicherung* 73: 85-107.
- Whaples, Robert*, 2006: Do Economists Agree on Anything? Yes!, in *The Berkeley Electronic Press*. Economists' Voice.
- ZDWA*, 2007: Deutschland im Demografischen Wandel. Rostock: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels.
- Zifonun, Natalie, und Roland Schöffel*, 2004: Neue Erbschafts- und Schenkungssteuerstatistik, *Wirtschaft und Statistik* 9/2004: 1028-1035.